

# Der Steinmetz

## Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinmetzen Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis vierteljährlich 2 Reichsmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 1628. — Kreuzbandierungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinmetzen finden nicht statt.

Schriftleitung und Verlagsstelle in Leipzig, Zeithofstraße 30, IV. (Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 27503

Die Ansetzgebühren betragen für die doppeltgepaaltene Kleinseite 0,80 Reichsmark. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einbindung auf Postkontonummer Leipzig 56383; Kaffierer: L. Geiß, Leipzig Zeithofstraße 30, IV. (Volkshaus). — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 12

Sonnabend, den 21. März 1925

29. Jahrgang

### Reichspräsidentenwahl, Wirtschaft und Gewerkschaften.

Der erste Reichspräsident, Friedrich Ebert, ein treuer Sohn seines Volkes, der aus der übersprudelnden Kraft der Gewerkschaftsbewegung seine erste Anregung empfing und dauernd mit ihr im engsten Einvernehmen blieb, ruht in kühler Erde. Kaum hat der Tod diesem selbststärkeren und überragenden Mann das Zepter aus der Hand genommen, geht das Geräusch um seine Nachfolgerenschaft los. Cliques, Gruppen, Parteien und Wirtschaftskräfte kapitalistischer Couleur sind mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln bemüht, einen der ihrigen auf den Präsidentenstuhl des deutschen Reiches zu bringen. Alle Register der Propaganda, von der schmeichlichsten Verleumdung bis zur wissenschaftlich verbrämten Darstellungsmethode werden wieder gezogen, um die breite Masse des Volkes davon zu überzeugen, daß sie sich von den Überbleibseln der Revolutionsperiode endgültig frei zu machen haben. Die edle Buchdruckerkunst wird wieder mißbraucht, das Volk erstickt in einer Flut von Verheugung und — Papier.

Demgegenüber gilt es mit ruhiger Ueberlegung festzustellen, was bei dieser Wahl für die Wirtschaft, für die Gewerkschaftsbewegung und damit für die Arbeiterklasse auf dem Spiele steht. Die Frage, Monarchie oder Republik wird in diesem Wahlkampf vollständig ausgedehnt. Nicht als ob die Monarchisten ihrem Ideale untreu werden, sondern aus der einfachen Ueberlegung, daß man dabei mehr verderben als gutmachen könne. Die Deutsche Bergwerks-Zeitung, ein ausgesprochenes Organ der Schwerindustrie, trifft wohl das Richtige, wenn sie in der Nummer 57 vom 8. März 1925 schreibt: Es ist ja eine Zurechtweisung größter Art, wenn von der Linken immer gerufen wird: Die Republik ist in Gefahr! Die Republik, die Monarchie! Nein, es geht in Wirklichkeit um ganz etwas anderes. Es geht darum, den Staat mit neuem Geist zu erfüllen und den Novemburger Geist zum Teufel zu jagen. Ob Monarchie oder Republik ist dem gegenüber ja so nebensächlich... Die deutsche Bourgeoisie hat sich in wesentlichen Teilen längst mit der Republik ausgesöhnt. Hat sie doch die Erfahrung machen können, daß es ihr in der Republik glänzend geht, ja daß sie selbst unter der Herrschaft des freiesten Wahlrechts zur politischen Herrschaft kommen konnten. Durch Beiseitsetzung einer unter der Monarchie mächtigen Junker- und Adelsklasse ist die Bahn für die Bourgeoisie auf allen Gebieten freigemacht. Heute herrschen sie als Konzern-Industriekapitalisten, ausgestattet mit dem Attribut einer unbegrenzten Wirtschaftsmacht, gegen die selbst die alten Mächte des monarchischen Zeitalters Rinderspiele waren. Als Zeitungsherrn und Inhaber der Korrespondenzbüros, die nach den Worten Georg Bernhards zu 85 Proz. in ihren Händen sind, vermögen sie die öffentliche Meinung zu beherrschen, leiten und lenken sie Millionen Gehirne.

Was aber diesen Herren große Sorge bereitet, das ist der von den Gewerkschaften ausgehende Einfluß der Arbeiter, Angestellten und Beamten im Wirtschaftsleben. Diesen Einfluß zu brechen oder ihn auf ein Minimum herabzusetzen, sind sie mit allen Mitteln bestrebt. Dazu muß auch der politische Kampf herhalten. Die Gesetzgebung soll von allen Ueberresten der Rechte der Arbeiter, Angestellten und Beamten befreit werden. Das ist das Ziel, das die privatkapitalistische Welt zu erreichen bestrebt ist. Die Befreiung des Reichspräsidentenpostens mit einem ihr genehmen Mann ist eine weitere Etappe auf diesem Wege.

Die staatsrechtliche Stellung des Reichspräsidenten wird meistens so umschrieben, daß sie mehr repräsentativer Natur sei. Dies kann im großen und ganzen als falsch bezeichnet werden. Gemäß ist für die Politik des Landes in erster Linie der von der Volkswahl gewählte Reichkanzler verantwortlich. Aber man braucht sich nur der letzten Jahre zu entsinnen, um feststellen zu können, daß die Zusammenlegung der Regierung vielfach durch die Initiative des Reichspräsidenten stark beeinflusst war. Richtete sich doch der Heß der Rechten in den letzten Monaten in erster Linie gegen den Genossen Ebert, weil er keinen der ihren zur Kabinettsbildung berief.

Von diesem Einfluß auf die Regierungsbildung und die Maßnahmen der Regierung selbst abgesehen, zeigt die deutsche Verfassung und die praktische Handhabung derselben viele Fälle, wo die letzte Entscheidung beim Reichspräsidenten liegt. Vor allem ist es hier der § 48 der Verfassung, auf Grund dessen der Reichspräsident eine geradezu diktatorische Gewalt besitzt, wenn er seine verfassungsmäßigen Rechte rücksichtslos zu gebrauchen gewillt ist. Aufen wir uns hier die Zeit des Ermächtigungsgesetzes in das Gedächtnis zurück, wo der Reichstag sich selbst ausgeschaltet hatte und die Exekutive vollständig in den Händen der Regierung und letzten Endes in der Hand des Reichspräsidenten lag. Was wäre wohl aus den Rechten der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten geworden, wenn hier neben einer kapitalistischen Regierung ein robuster Vertreter des Sozialismus das Amt eines Reichspräsidenten innegehabt hätte? Gerade das Bestehen des § 48 sollte jeden Arbeiter, Angestellten und Beamten anspornen, mit allen Mitteln dafür bestrebt zu sein, daß ein Mann aus dem Volke, in das Haus des Reichspräsidenten einzieht.

Die deutsche Wirtschaft hat dem verstorbenen Reichspräsidenten unendlich viel zu danken. Dies wird von Vertretern derselben auch unumwunden anerkannt. Ein Beispiel von vielen: Das „Magazin der Wirtschaft“, eine neugegründete Zeitschrift, schreibt in ihrer Nummer 4: „Die Erde, die heute auf den Schößen des Reichspräsidenten Friedrich Ebert niedertrifft, deutet die sterbliche Ueberreste eines Mannes, der, obwohl Politiker, von größerer Bedeutung für die deutsche Wirtschaft war, als irgendeine andre Einzelpersonlichkeit in langen Jahrzehnten.“ Nicht zuletzt ist es dem Genossen Ebert zu danken, daß hierzulande der bornige Weg des Kommunismus nach russischem Muster nicht eingeschlagen zu werden brauchte, daß das deutsche Volk auf der Grundlage bürgerlicher Freiheiten die Kraft entwickeln konnte, sich selbst zu regieren. Wenn das arbeitende Volk hierbei nicht weiter kam, so hatte es sich hier einen großen Teil Schuld selbst zuzuschreiben. Würden doch teilweise die Blide auf Ziele gerichtet, die wohl wie eine Kata Morgana amneteten, sonst aber weitab von der politischen Realisierung lagen. Dabei wurde der organische Ausbau eigener Machtmittel vergessen, obwohl sie allein die Grundlage aller Fortschritte bilden. Der große Werraug, den die Wirtschaft in der Nachkriegszeit auf das Staats- und Gesellschaftsleben zu zeigen vermochte, mißachtete sich auch in den Entscheidungen und Verordnungen des Reichspräsidenten wider-

viel mehr als es der Laie ahnt, war hier eine Entscheidung von höchster Stelle notwendig. Weil dies so ist, muß auch der zukünftige Präsident des deutschen Reiches eine freiheitliche Wirtschaftspolitik, die sich auf die freieste Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten stützt, zu fördern in der Lage sein. Dessen müssen wir uns bei der Wahl eingedenk sein.

Für die Gewerkschaftsbewegung, die sich auf eine freie Wirtschaftsgestaltung stützt, muß der Ausgang der Reichspräsidentenwahl von allergrößter Bedeutung sein. Der Kandidat der Sozialdemokratischen Partei, Otto Braun, bietet alle Voraussetzungen, die die Gewerkschaften an einen Kandidaten stellen. Möge deshalb ein jeder, unbeachtet der sich über das Volk ergießenden Schlammstöße von Schmutz und Verleumdungen, für die Wahl dieses Arbeiterkandidaten einsetzen. Durch Laune und Untätigkeit ist schon viel verläumt, nun muß es aber genug sein.

### Arbeiter und Werksgemeinschaft.

Wie oft sagen Arbeiter oder wie oft wird ihnen in Versammlungen vorgelesen, daß in Deutschland die Arbeiter keine Rechte mehr hätten, und daß alle Errungenschaften der Revolution dahin seien.

Niemand, der es ernst mit der Arbeiterbewegung meint, wird behaupten, daß es dem deutschen Arbeiter wirklich gut gehe, sondern jedermann weiß, daß dies nicht der Fall ist. Trotzdem stimmt es aber mit der Realität nicht überein. Jedoch lassen sich die Arbeiter vielfach einreden, und sie nehmen, erbitern, eine Entschlebung an, die sich gegen alles, nicht zuletzt auch gegen die Gewerkschaften und ihre Führer, wendet. Erreicht wird damit nur, daß die Rechte der Arbeiter vielfach ungenutzt bleiben. Dabei überlegen sich viele Arbeiter auch gar nicht die Zusammenhänge, wieviel sie selber unterlassen haben, um ihre Lage zu bessern. Es kommt hier auf sehr vieles an, Interesse für den Ausbau der Schule, Weiterbildung zur Gewinnung einer festen Anschauung, Treue zu dem einmal als richtig erkannten Ziel und Solidarität. Zur Ausübung letzterer gehört die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft und die Durchführung von deren Beschlüssen. Daraus ergeben sich dann schon die Möglichkeiten für bessere Arbeitsverhältnisse. Aber diese Voraussetzungen müssen die Arbeiter selbst schaffen, und in dem Maße, wie das gelingt, geht das Tempo der Entwicklung.

Die deutsche arbeitsrechtliche Gesetzgebung hat sich dieser Entwicklung tatsächlich angepaßt, das kann nicht oft genug festgestellt werden, weil ohne das Verständnis der Arbeiter für diese Entwicklungsrichtung einfach unaussprechlich sein müßte. Vereinigungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Streikfreiheit, Tarifverträge mit gesetzlicher Wirkung, dazu kommt das Mitbestimmungsrecht usw., und Republik und Demokratie sind die Staatsform, in der sich die Bewegungsfreiheit und das Recht der Arbeiter, über den Inhalt ihres Arbeitsvertrags auf kollektiver Grundlage zu bestimmen, am besten auswirken kann. Eines konnte der Gesetzgeber nicht tun. Er konnte kein Gesetz machen, daß jeder Arbeiter seine Klassenlage erkannt haben muß, andernfalls er zu Geld- oder Gefängnisstrafe verurteilt wird. Da es ein solches Gesetz nicht geben kann, sind für viele Arbeiter ungenutzte, sie schimpfen auf alles, aber einer Gewerkschaft gehören sie vielfach nicht an. Und gerade die Zugehörigkeit und die Treue zur Gewerkschaft wäre das Mittel, wodurch sich die gesetzlichen Rechte in tatsächliche Besserung der Lage der Arbeiter umwandeln könnten. Auch dann nicht von heute auf morgen, nicht vollständig, aber nach und nach in steter Aufwärtsbewegung.

Hiernach ist die Sachlage so, daß sich die kollektiven Parteien des Arbeitsrechts: Arbeitgeber oder Arbeitgebervereinigungen einerseits, Gewerkschaften andererseits in breiter Front gegenüberstehen und ihre Kräfte messen. Die Arbeiter, die in dieser Front fehlen, schwächen die Kampfkraft der Gewerkschaften. Das Ergebnis des Ringens ist ein Tarifvertrag, gut oder schlecht, wie eben die Stärke der Gewerkschaft und die wirtschaftliche Lage des Gewerbetreibenden oder Industriezweiges war. Der Inhalt eines abgeschlossenen Tarifvertrages ist das Arbeitsgesetz, auf die Rechte aus demselben hat der Arbeiter einen gangbaren Anspruch. Das entbehrt den einzelnen Arbeiter der ausichtslosen Aufgabe, mit einem Unternehmer einen besonderen Arbeitsvertrag zu vereinbaren, bei dessen Festschließung der Unternehmer seine Macht gegenüber dem einzelnen Arbeiter in die Waagschale werfen würde. Der Arbeitsvertrag hat vielmehr die Bestimmungen des Tarifvertrages zum Inhalt, er ist also nicht das Spiegelbild der Ohnmacht des Einzelnen, sondern der Macht der Klasse.

Wie bereits erwähnt und allgemein bekannt, haben viele Arbeiter diese Sach- und Rechtslage noch nicht erkannt. Ganz anders die Unternehmer. Diese sind genau im Bilde, und die bestehende Regelung liegt ihnen schwer im Magen. Deshalb kämpfen die Unternehmer dagegen an. Sie wollen die gesetzliche Regelung durchlöchern, das ist ihnen bisher nicht gelungen. Sie wollen die Gewerkschaften und die Tarifverträge ausschalten und mit den Betriebsräten wollen sie Betriebsvereinbarungen abschließen, um so die einheitliche Front der Arbeiter zu unterbrechen und nach Betrieben zu teilen, damit sie dann besser zu ihrem Ziele gelangen könnten. Auf diesen Leim sind die Betriebsräte bisher aber nur in wenigen Ausnahmefällen getreten, die Belegschaften, welche sich auf ihre eigene Macht verlassen, waren schnell geknickt.

Die Unternehmer wollen wieder die „Herren-im-Haus“ sein und die Arbeiter sollen wieder die Knechte werden. Aber die Arbeiter sollen das nicht merken. Die Unternehmer wollen nicht wahr haben, daß sie die Arbeiter wieder entrechten wollen. Wir haben nicht mehr die Vorkriegszeit, die Unternehmer trauen sich nicht, ihren brutalen Machtwillen ganz offen zu zeigen. Daher reden die Unternehmer dem „Bruder“ Arbeiter gut zu, er solle sich doch des Fells über die Ohren ziehen lassen. Es sei doch „unsere Wirtschaft“, das Wohlergehen der Wirtschaft läme doch „uns allen“ zu Gute. Die Gewerkschaften seien schädlich, denn sie verhinderten die Freundschaft zwischen Unternehmer und Arbeiter. Die Arbeiter sollten doch für niedrigen Lohn arbeiten, dann wären die Produkte billiger. Dafür dürften die Arbeiter auch länger arbeiten und dadurch könnten sie auch verdienen. Wenn die Arbeiter das endlich tun würden dann würden „wir“ wieder ein frohes, reiches und mächtiges Volk werden. Die Wirtschaft, von der die Unternehmer sprechen, das ist der Profit. Das Volk, das sind die Unternehmer.

Der Bruder Arbeiter darf für diese hehren Ziele kämpfen. Das ganze nennt man „Werksgemeinschaft“, von der jetzt die Bande wiederhalten. Auf dem Jahrmarkt des Lebens hoffen die Unternehmer noch einmal, ihre Bude für diese Schaustellung mit Arbeitern zu füllen. Wer dieselben besuchen will, bezahlt dafür als Eintrittsgeld seine Menschenrechte. Die Arbeiter haben hier zu entscheiden, ob dieser schöne Plan gelingt.

Die soziale Spitzenorganisation der Arbeitgeber hält über diesen Plan jetzt Kurze ab. Dazu werden Betriebsbeamte befohlen, die man ausbildet, wie man Werksgemeinschaften macht. Die Arbeiter sollen von den Problemen abgelenkt und zum Verlassen der Gewerkschaften veranlaßt werden. Durch Sport, Spiele, Kino, Theater, Werkbücherei, Weihnachtsfeiern usw. will man dieses Ziel erreichen, nebenbei sollen mit den erwachsenen Arbeitern die Löhne und die Arbeitszeit geregelt werden!

Wollen die Arbeiter diese ihnen zuge dachte Rolle erwählener Kinder spielen? Während die Arbeiter radikale Parteien schmieden, handelt die Unternehmer langsam, bedächtig und sicher. Das sie wissen, was sie wollen, können wir nicht bestreiten. Werden die Arbeiter diese Angebote der Unternehmer alle mit Nein beantwortet und werden sie die richtige Antwort geben: Nein in die Gewerkschaften? Wir zweifeln nicht daran. Also mit allem Eifer und Mut gemacht, an die Arbeit zur Erhaltung und Durchsetzung unserer erungenen Rechte mit Hilfe starker Gewerkschaften. npl.

### Der Lohnkampf in den Granitschleifereien.

Schon wiederholt mußten wir uns an dieser Stelle mit der Lohnpolitik des Verbandes deutscher Granitwerke beschäftigen. Diese Unternehmergruppe hat während der Kriegszeit und der Inflationszeit, begünstigt durch die äußeren Umstände, es außerordentlich gut verstanden, die Löhne auf einen Stand herunterzubringen, der jede Existenzmöglichkeit verhinderte. Diese Lohnpolitik möchte der Verband deutscher Granitwerke verewigen. Alle Versuche unsererseits, einen der Zeit entsprechenden Lohn auch für die Schleifereibetriebe einzuführen, verstanden diese Unternehmer fast immer zu vereiteln. Eine gegenseitige Vereinbarung war im Jahre 1924 infolge ihres ablehnenden Verhaltens einfach unmöglich. Jede, selbst die geringste Zulage mußte mit Hilfe der Schlichtungsinstanzen und des Reichsarbeitsministeriums zur Durchführung gebracht werden. Die Löhne in dieser Berufsgruppe stehen demzufolge heute im Vergleich mit dem schweren und im Hinblick auf das Fertigfabrikat verantwortungsvollen Beruf im trassen Mißverhältnis. Die Massenflucht der Facharbeiter und der nun ganz natürlich dadurch eingetretene Mangel an solchen zeitig denn auch Erscheinungen, die wohl einzig dastehen dürften. Nicht genug damit, daß man den einzelnen Betrieben die Fachleute durch allerlei Praktiken abspenstig zu machen versucht und dabei Versprechungen macht, die weit über die tariflichen, ja sogar über die geforderten Sätze hinausgehen, wird den im eigenen Betrieb beschäftigten Kollegen eine entsprechende Menge Bier geboten, wenn es gelingt, die gewünschten Kollegen für den Betrieb zu gewinnen. Wie der „Steinklopper-Gannas“ kürzlich darlegte, richtet sich die Menge des Bieres nach der Qualität und der Leistung des herbeigelosten Kollegen. Man lacht sogar die Kollegen durch Geld zu kaufen oder sonst zu beeinflussen, indem ihnen Geld ins Haus geschickt wird. Zu solchen Machenschaften spielt Geld in Zeiten der Konjunktur, die bei der letzten Lohnverhandlung seitens der Unternehmer auch nicht bestritten wurde, keine Rolle, doch zu einer entsprechenden Entlohnung kann man sich nicht aufschwingen!

Dem Zug der Zeit entsprechend versuchen einzelne Unternehmer während des flotten Geschäftsganges unter der Hand etwas zu geben, um bei stiller Zeit das Gegebene mit Wucherzinsen wieder zurückzuholen. Wie es unter diesen Umständen möglich sein soll das Gewerbe aufrechtzuerhalten und zugleich den schon jetzt in keinem Verhältnis zu den Anforderungen der Industrie stehenden Nachwuchs der Arbeitskräfte zu fördern, kümmert die hier in Frage kommenden Unternehmer überhaupt nicht. Ihr Wahlspruch: „Der Profit über alles“, und: „Nach uns die Sintflut“, kommt bei aller ihren Handlungen drastisch zum Ausdruck. In welsch „großartiger“ Weise den Bedürfnissen unserer Kollegen Rechnung getragen wird, beweisen die zuletzt angebotenen und durch Tarifamtispruch sanktionierten Stundenlöhne, die

für Steinmetzen	von 48 Pfg.	auf 52 Pfg.
für Schleifer	von 44 Pfg.	auf 48 Pfg.
für Hilfsarbeiter	von 40 Pfg.	auf 42 Pfg.

erhöht werden sollten. Als Akkordsätze wurden den

Steinmetzen	63 Proz.
Handschleifern	58 Proz. und
Maschinenschleifern	54 Proz.

von den im R.M. niedergelegten Grundlöhnen geboten. Diese Sätze, die in der Lausitz ungefähr 75 Prozent der Friedenssätze und in den übrigen Orten und Bezirken einige Prozent mehr betragen, mußten in Anbetracht der gegen die Friedensverhältnisse um zirka 50 Prozent gesteigerten Lebenshaltungskosten abgelehnt werden. Trotz dieses direkt höhnischen Angebotes versuchten die Granitartikel nachmals örtlich und bezüglich auf die Einzelarbeitgeber zwecks Revidierung dieser Sätze einzuwirken. Von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen haben Einzelunternehmer und der Verband deutscher Granitwerke alle Vermittlungsversuche abgelehnt. Die Kollegen in Löbau, Oppach und Soltau haben daraus die entsprechenden Schlüsse gezogen und den Kampf zur Erringung wirklicher Löhne aufgenommen, während der Verband deutscher Granitwerke, im Gegensatz zu den wenigen einsichtigen Unternehmern, die die Unhaltbarkeit der durch Schiedspruch festgesetzten Löhne anerkannt haben, versucht die Verbindlichkeitsklärung beim Reichsarbeitsministerium durchzuführen. Daß das Reichsarbeitsministerium die rücksichtlose und unzulängliche Entlohnungspolitik des Verbandes deutscher Granitwerke, die ein direktes Vergehen gegen die Volksgesundheit darstellt, durch die Verbindlichkeitsklärung unterstügt, darf wohl trotz seiner bisherigen Einstellung nicht erwartet werden. Immerhin ist es interessant feststellen zu können, daß der Verband deutscher Granitwerke, der noch im Vorjahre dem R.M. jede Berechtigung auf Eingriff in den damaligen Lohnstreit abspach und darauf mißsamt seinem juristischen Berater eine entsprechende Belehrung durch den Schlichter über sich ergehen lassen mußte, so schnell die Umstellung vollzogen hat. Der Versuch des Verbandes deutscher Granitwerke, die Löhne in den Schleifereibetrieben durch Zwangstarif festsetzen zu lassen und die Ausgabe

Schwarzer Listen seitens der sächsischen Bezirksgruppe, wird nicht zu dem gewünschten Ziele führen. Die Kollegen, besonders die Steinmetzen, die zum größten Teil in andern Industrien und Betrieben Unterkunft gefunden haben, lehnen ganz entschieden eine Rückkehr in die Betriebe ohne eine der Zeit entsprechende Entlohnung ab. Der Kampf ist den Kollegen durch das Verhalten der Granitindustriellen aufgezwungen worden, sie werden ihn zu führen wissen, unbeschwert um die entstehenden Folgen, für welche der Verband deutscher Granitwerke und seine Mitglieder infolge der kurzfristigen Lohnpolitik die Verantwortung zu tragen haben.

### Reallohn und Teuerungsindey.

Wenn der Arbeiter, Beamte oder Angestellte heute z. B. eine Reichs- oder Rentenmark empfängt, kann er bekanntlich nicht soviel dafür kaufen, wie vor dem Kriege, weil die Preise durchweg höher sind als im Jahre 1914. Daraus rührt der Unterschied zwischen Nominallohn und Reallohn. Die Reichs- oder Rentenmark ist in ihrer Gestalt in Papier oder Silber Nominallohn. Die Ware, die ich für sie kaufen kann, stellt erst den Reallohn dar. Um den Reallohn festzustellen, ist es also nötig, ihn mit den veränderten Warenpreisen in Beziehung zu setzen. Das geschieht bei uns durch den sogenannten Lebenshaltungsindey, der durch das Reichsstatistische Amt auf Grund von Erhebungen in den sogenannten Eilendienstgemeinden festgestellt wird.

Der bisher veröffentlichte Indez gab die tatsächlichen Teuerungsverhältnisse nur ungenau wieder. Außerdem konnte der mit seiner Hilfe errechnete Reallohn nicht richtig sein, weil das Reichsstatistische Amt Vorkriegslöhne, gewöhnlich Tariflöhne, annahm, die schon aus dem Grunde niedriger als die tatsächlich vor dem Kriege gezahlten Löhne sein mußten, weil die meisten Arbeiter im Afford arbeiteten und Ueberstunden leisteten. Es ergab sich also die Notwendigkeit einer genaueren Feststellung der Vorkriegslöhne und der Schaffung eines Lebenshaltungsindey, der der gegenwärtig enorm verteuerten Lebenshaltung des Arbeiters, Beamten und Angestellten besser entspricht und sich auf genauere Feststellung der Vorkriegspreise stützt. Die Untersuchung der Vorkriegslöhne ist bis jetzt noch nicht abgeschlossen. Wir wollen hoffen, daß die Beendigung der Arbeit nicht noch Monate auf sich warten läßt, da angeht der in jedem Verufe drohenden Lohnkonflikte eine Durchsichtigkeit der Lohnverhältnisse mehr als je geboten ist. Der neue Teuerungsindey ist dagegen bereits für den Monat Februar veröffentlicht worden. Er beträgt 135,6, während der alte Indez auf 125,1 berechnet wurde. Es ergibt sich also ein Unterschied von 10,5 Punkten, um die der Reallohn nach der alten Methode zu niedrig berechnet wurde. Der bisherige Zustand war also eine Zahlenfälschung über den tatsächlichen Lohn. Auch der neue Indez hat so viele Mängel, daß er die tatsächlichen Teuerungsverhältnisse und den tatsächlichen Reallohn nur höchst unvollkommen wiedergibt. Vielmehr wird die Kaufkraft unserer Mark, d. h. die künstliche Teuerung bei uns durch das, wenn auch nicht durch Zahlenreihen gestützte richtige Gefühl wiedergegeben, daß wir, wenn wir eine Reichsmark besitzen tatsächlich nur für zirka 50 Pfennig Kaufkraft in den Händen haben.

Einer der großen Mängel des neuen Indez ist, daß er nur ein mal im Monat veröffentlicht werden soll. Wir vermuten darin eine Konzession an die großen Unternehmerverbände, die vor kurzem diesen Wunsch ausbrachten, weil die Preisverhältnisse stabil geworden sind und eine häufigere Veröffentlichung nur Unruhe in die Massen tragen würde. Es ist bedauerlich, daß man dem Verlangen nachgegeben ist. Man hätte wenigstens solange, wie wir in Deutschland keine normale Preisbildung haben, und der Kampf um das Preisniveau tobt, es bei der wöchentlichen Veröffentlichung belassen sollen.

### Beachtliche Notizen.

**Was kostet die Sozialversicherung dem einzelnen Unternehmer?**  
In der Tagespresse ist in letzter Zeit vielfach von der sozialen Belastung der deutschen Wirtschaft die Rede gewesen, und es ist u. a. herausgerechnet worden, daß die Wirtschaft etwa 1 1/2 Milliarden Reichsmark jährlich für soziale Zwecke aufzubringen habe. Das ist eine gewaltige Summe, deren Wert natürlich nicht zu unterschätzen ist. Doch kann man sich aus diesen Angaben keine Vorstellung davon machen, wie nun der einzelne Unternehmer durch die sozialen Aufgaben und besonders durch die soziale Versicherung belastet wird. Darausverhältnisse hat vor einiger Zeit der Hauptverband deutscher Krankenkassen es unternommen, hierüber eine Erhebung zu veranlassen. Es ergab sich, daß bei 71 Betrieben, die zusammen 33 435 Personen (470 Personen je Betrieb) beschäftigen, die gesamte soziale Belastung sich auf 1,96 v. H. des Gesamtumsatzes beläuft. Es sind hier eingerechnet die Kosten der Angestellten-, Invaliden-, Unfall- und Krankenversicherung und der Erwerbslosenfürsorge. Auf die Sozialversicherung allein entfielen 1,61 v. H. des Gesamtumsatzes. Aus ihren Bezügen hatten davon die Beschäftigten selbst 0,898 v. H. aufzubringen, so daß als Arbeitgeberanteil noch 0,71 v. H. = rund 1/14 des Gesamtumsatzes verbleiben. Rechnet man noch die Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge hinzu, so erhöht sich diese Ziffer auf 0,89 v. H. = 1/11 des Gesamtumsatzes. Wenn man dem die Belastung der Betriebe etwa durch die Umsatzsteuer entgegenstellt, die mit 1,5 bis 2,5 v. H. des Umsatzes anzulegen ist, so ergibt sich, daß auf den Unternehmer ein verhältnismäßig außerordentlich geringer Betrag für soziale Zwecke entfällt. Es könnte dagegen eingewendet werden, daß letzten Endes ja auch der Beitrag, den die Versicherten aufzubringen haben, aus den Erträgen der Betriebe genommen werden muß. Hier sei einmal erinnert an den Ausspruch des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns: „Der Anspruch aus der Versicherung gehört zum gerechten Lohne und ist deshalb wie der Lohn überhaupt, aus Mitteln der Wirtschaft zu decken“. Dieser Stellungnahme wird man ohne Zweifel beipflichten müssen, Ziele die Sozialversicherung weg, so würde die unmittelbare Folge sein, daß die Versicherten höhere Lohnforderungen stellen, weil sie natürlich nach einem Ausgleich dafür suchen müssen, daß ihnen in Krankheits- und Invaliditätsfällen der Gehalt der Versicherung nicht mehr zur Seite steht. Den Beweis bilden die Lohnsätze im Ausland, wo keine Sozialversicherung besteht und wo deshalb auch die Löhne bedeutend höher sein müssen und sind. Daß die Sozialversicherung eine Mehrbelastung der deutschen Wirtschaft gegenüber den Löhnen, den die Wirtschaft des Auslandes zu tragen hat, darstellt, darf man deshalb nicht wohl behaupten.

Zur Regelung der Arbeitspausen schlägt die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Landesgewerbetarife nach folgenden Richtlinien vor: 1. Jede längere Arbeit — körperliche oder geistige — muß durch Ruhepausen unterbrochen werden; wenn dies nicht geschieht, steigt die Ermüdung unverhältnismäßig rasch an, während sich die Leistungsfähigkeit erheblich vermindert. Die Notwendigkeit der Ruhepausen ist durch wissenschaftliche Untersuchungen und praktische Erfahrungen begründet. 2. Die entsprechenden Ruhepausen müssen in den Arbeitstag selbst eingeschaltet werden. Es ist unphysiologisch, die Ruhepausen während der Arbeit fortlassen zu lassen, in der Annahme, sich nach Arbeitsluß genügend ausruhen zu können. Zeitpunkt der Pauseneinrichtung und Dauer der Pausen hängen von der Eigenart und Dauer der Arbeit ab, sie müssen sich oft auch nach äußeren Umständen (Zugverbindung usw.) richten. 3. Normalerweise nimmt die Leistungsfähigkeit um die Mittagzeit ab; die physiologische Kurve der Tagesleistung zeigt hier eine Senkung, welche diese Zeit als die naturgemäße Hauptruhezeit erscheinen läßt, bestimmt zur Ruhe und Nahrungsaufnahme (geteilte Arbeitszeit). Für diese beiden Zwecke ist eine tatsächliche Ruhepause von mindestens einer Stunde notwendig, vorausgesetzt, daß der Arbeiter keine weiten Wege zwischen Arbeitsstätte und Eßstätte zu machen hat. Sind größere Wege zwischen Arbeitsplatz und Eßplatz (Wohnung) zurückzulegen, so muß die Pause entsprechend verlängert werden. Dies gilt auch für Glastarbeiter zwecks entsprechender Reinigung und Kleiderwechsels. Für Arbeiter, welche infolge zu weiter Entfernung

Ueber die vorgenommenen Veränderungen in der Berechnungsmethode des Lebenshaltungsindey teilen wir folgendes mit: In erster Linie ist die zugrundegelegte Kation der Normfamilie bedeutend ergänzt worden. Zu den bisher vorhandenen (elementaren) Bedarfsgruppen (Ernährung, Wohnung Heizung, Beleuchtung und Kleidung) treten Ausgaben für Verkehr und „Sonstiges“. Dafür (Sonstiges) wurde ausgewählt: Körperpflege: Toiletteartikel, Handtuch, Haarschneider, Rasierer; für Reinigung: Waschseife, Soda, Stiefelwachs, Sägeerzeug; für Bildung und Unterhaltung: Tageszeitung, Bücher, Bleistifte, Besuch eines Kinos. Zur Erfassung der Verkehrsausgaben wurde von festen Pauschalbeträgen ausgegangen, von denen je ein Drittel die Ausgaben für Eisenbahn, Straßenbahn und Fahrrad darstellen. Bei seiner Entscheidung ließ sich das Statistische Amt von dem Grundsatze leiten, daß bei einer kritischen Betrachtung Wert darauf zu legen ist, ob bei einer methodischen Grundlage der Prozentanteil der einzelnen Bedarfsgruppen an den gesamten Lebenshaltungskosten mit den tatsächlichen Verhältnissen übereinstimmt, so daß jede Gruppe bei dem Zustandekommen der Gesamtindeziffer den Einfluß auf deren Höhe ausübt, der ihr zukommt. Für diese Nachprüfung bezüglich der Anpassung an die tatsächlichen Verhältnisse hat sich das Amt der Haushaltsrechnungen vom Jahre 1907 bedient, des (was die deutsche Statistik kennzeichnet) einzigen amtlichen Materials, das ihm zur Verfügung stand. Nachstehende Uebersicht zeigt den prozentualen Anteil der einzelnen Ausgabegruppen an der Gesamtlebenshaltung, in der Vorkriegszeit und nach dem alten Indez:

Ausgabegruppe	Haushaltsrechnungen alter Indez	Neuberechnung
Ernährung	53,35	56,11
Heizung und Beleuchtung	4,36	7,04
Bekleidung	10,16	13,37
Wohnung	19,15	23,48
Verkehr	1,44	3,07
Sonstiger Bedarf	11,54	12,98

Die einzelnen Anteile scheinen uns wenig den tatsächlichen Verhältnissen zu entsprechen. Klar und deutlich geht das aus dem Anteil der hohen Ernährungskosten und den Kosten für Bekleidung hervor. Letztere dürften, verglichen mit dem Anteil nach den Haushaltsrechnungen, wohl nicht den wirklichen Verhältnissen wiedergeben. Für die künftige Berechnung des Reallohns insbesondere ist es wichtig zu wissen, daß in die neue Berechnung die Ausgaben für Steuern und soziale Abgaben nicht einbezogen sind. Die künftige Reallohnberechnung denkt man sich im Statistischen Reichsamte so, daß man Steuern und Versicherungsbeiträge abzieht und den Rest dann mit Hilfe der Lebenshaltungsindey auf die Kaufkraft umrechnet. Die neue Feststellung der Vorkriegspreise machte die Durchprüfung von ungefähr 6500 Warenpreisen nötig.

Die Neuaufstellung der Ernährungsration ist so vollzogen worden, daß die bisherige Ernährungsration durch Neuaufnahme von Butter, Wurst und einer Anzahl Genussmittel und Gewürze (Kaffee, Kakao, Salz), ferner durch Verdoppelung der Fleischration, Erhöhung der einbezogenen Anzahl Eier, Vermehrung der Milchration eine Erweiterung erfährt. Dagegen auf der anderen Seite die bisher reichlich bemessenen Wertigkeitssätze für Brot und Kartoffeln herabgesetzt. Bessere Qualitäten wurden bei Brot, Fleisch und Käse durch anteilmäßige Berücksichtigung von Weizenbrot, Hammelfleisch, Halbfettkäse erzielt. An Stelle von Roggenmehl trat Weizenmehl.

Im Vergleich zu der bisherigen Berechnungsgrundlage bedeutet die Abänderung der Ernährungsration eine Zunahme der Kalorien um etwa 2 Prozent und des Eiweißgehaltes um fast 20 Prozent. Die qualitative Verbesserung der Ernährungsgrundlage für Bekleidungskosten erfolgte durch Ausgabe neuer hochwertiger Stoffmuster für die Erhebungsstellen. Ferner hat man den durch die Mode gebotenen Änderungen Rechnung getragen.

Die Mahlzeiten nicht zu Hause einnehmen können, sind Aufenthaltsräume in möglicher Nähe der Arbeitsstätten bereitzustellen; die wohnliche Ausstattung derselben trägt wesentlich zur Erholung bei. 4. Die ungeteilte (englische) Arbeitszeit ist ein Produkt der Großstadtbildung. Gewissen äußeren Vorzügen stehen erhebliche arbeitsphysiologische Nachteile gegenüber, welche diese Gliederung der Tagesarbeit keineswegs als die einzig richtige erscheinen lassen. Die grundlegende Voraussetzung für die ungeteilte Arbeitszeit ist ein nahrhaftes Frühstück vor Arbeitsbeginn und eine kleine Pause um die Mittagzeit, in welcher ein zweites Frühstück möglichst mit einem warmen Gericht (Tee, Suppe) eingenommen werden soll. 5. Außer der Hauptpause sind noch gewisse Nebenpausen notwendig. Derartige kurze Arbeitsunterbrechungen oder Verlangsamungen ergeben sich bei manchen Arbeitsprozessen von selbst. Wo dies nicht der Fall ist, soll vormittags und nachmittags je eine kurze (10 bis 15 Minuten) Pause eingeschaltet werden. Lage und Dauer dieser Zwischenpausen ist von den besonderen Arbeitsbedingungen abhängig. Frühzeitiger Arbeitsbeginn und weite Anmarschwege machen zum Beispiel eine frühere und längere Vormittagspause nötig. Unter Umständen können auch die sogenannten „Kurzkunden“ (je fünfzig Minuten Arbeit und zehn Minuten Pause) zweckmäßig sein. 6. Die in der Neuzeit eingebürgerte Gepflogenheit, die Arbeitspausen möglichst zu verkürzen, oder gar ganz wegzulassen zu lassen, widerspricht allen Grundgesetzen der Arbeitsphysiologie. Dies gilt sowohl für den erwachsenen gesunden Arbeiter als auch in noch höherem Grade für Schwächliche und Kranke, für Frauen und Jugendliche. 7. Beachtung der vorstehenden arbeitsphysiologischen Grundgesetze erhöht die Arbeitskraft, steigert die Gesamtleistung und verlängert die Erwerbsfähigkeit.

**Die Schäden des Alkohols.** Neuere Zahlen lassen erneut die beängstigenden Folgen des steigenden Alkoholgenußes erkennen. Der Stand von 1913 ist nach dem erfreulichen Rückgang der Schäden während der Kriegszeit bereits wieder fast erreicht. Im künftigen Krankenhaus in Bremen wurden schwere alkoholische Erkrankungen behandelt in den Jahren 1913—1922: 176, 137, 111, 67, 13, 9, 17, 60, 98, 157. In der Irrenklinik München wurden in den Jahren 1918—1922 Alkoholikranke aufgenommen: 45, 45, 89, 145, 161. In der Heil- und Pflegeanstalt Dresden in Abteilung I im Jahre 1917: 16 Alkoholikranke (1,6 %), 1922: 326 (20,4 %). In den preussischen Krankens- und Irrenanstalten wurden in den Jahren 1918—1922 Alkoholikranke behandelt: 1886, 2437, 3313, 5017, 6894. Die deutschen Landesversicherungsanstalten hatten 1918 11 Trinkerheilverfahren, 1920: 42, 1921: 122 und 1922: 207. Es ist demnach dringend notwendig, in der Öffentlichkeit eine tatkräftigere Aufklärung über die Gefahren des Alkoholismus zu bewirken, als das bisher geschehen ist.

**Die sogenannten Trunksuchtmittel,** die vielfach bis zur Gegenwart in Zeitungen, Kalendern usw. marktschreierisch angepöbeln wurden, sind längst durch Wissenschaft und Erfahrung als wertloses Zeug entlarvt, das den armen Opfern der Trunksucht nichts hilft, vielmehr nur unter Ausbeutung von ihrer und ihrer Familien Not die Hersteller und Verteiler bereichert. Schon früher waren deshalb die damals bekannten „Trunksuchtmittel“ auf die Geheimmittelliste gesetzt worden. Langjährigem Drängen der Trinkerrettungs- und Trinksüßholzvereine entsprechend ist dies nun durch eine für die Landesregierung ergangene Verordnung der Reichsregierung vom 9. Dezember allgemein geschehen, so daß jetzt die Anwendung und Anpreisung dieser Mittel unterscheidungslos bei Strafe verboten ist. Von der Landesregierung sind zum Teil bereits die entsprechenden Bekanntmachungen ergangen, die weiteren werden in aller nächster Zeit folgen. Man hat also nun eine wirkliche Handhabe gegen diesen Schwindel, der jetzt hoffentlich verschwinden wird. Die einzige Hilfe gegen Trunksucht, das muß immer wieder gesagt werden, ist die Zuführung oder der Entschluß des Kranken zu dauernder, völliger Enthaltensamkeit von allen geistigen Getränken, am besten im Anschluß an einen Enthaltsamkeitsverein.

Ueber die Behandlung der Tuberkulose mit Sanokrysin. Prof. Möllgard von der Tierärztlichen Hochschule in Kopenhagen hat eine neue Behandlungsart der Tuberkulose entdeckt, für die durch die

## Der Finanzausgleich, eine neue Belastung der Massen.

Im Gesamtbild der sogenannten Steuerreformen nimmt der Finanzausgleich zwischen dem Reich und den Ländern und Gemeinden eine hervorragende Stellung ein. Bekanntlich ist mit der Steuerreform von den Ländern und Gemeinden auf das Reich übergegangen. Das Reich war früher auf die Einnahmen aus den Zöllen und einzelnen indirekten Steuern, ferner aus den Ueberschüssen der Reichsbetriebe (Post, Telegraphie und der Eisenbahn in Elsaß-Lothringen) angewiesen. Bei eventuellen Fehlbeträgen wurden die benötigten Summen auf Grund der Matrikularbeiträge, auf die Kopfzahl der Bevölkerung in den Bundesstaaten berechnet, erhoben. So übten die reaktionären Einzelstaaten mit ihrem Klassenwahlsystem eine starke Kontrolle über die Finanzen des Reiches aus. Das Reich war Kostgänger der Länder und Gemeinden, während dies jetzt umgekehrt der Fall ist. Die reaktionären Parteien haben immer gegen das System Erzbergers gewettert, um es jetzt, wo sie in der Reichsregierung sitzen, als vortreffliche Einrichtung zu verteufeln.

Der Finanzausgleich geschah bisher in der Form, daß die Länder und Gemeinden namhafte Prozentätze von den Einnahmen einzelner Steuern überwiesen wurden. So erhielten letztere nach der dritten Steuernotverordnung von der Einkommen- und Körperschaftsteuer 90 Prozent. Diese Teilung soll hinfort betragen: Reich 25, Länder und Gemeinden 25. Von der Umsatzsteuer erhalten Länder und Gemeinden anstatt wie bisher 20 Prozent. Die ausfallenden Beträge sollen von den Ländern und Gemeinden durch Zuschläge ausgeglichen werden.

Die Zuschläge sollen in erster Linie von der Einkommen- und Körperschaftsteuer erhoben werden. Der Steuerabzug vom Arbeitslohn soll ebenfalls der Auferlegung von Zuschlägen unterliegen. Die Zuschläge sollen in ihrer Höhe unbegrenzt sein, jedoch soll die reichsgesetzlich festgelegte Progression der Steuerätze bestehen bleiben. Den aufschlagelastigen Ländern und Gemeinden wird hierdurch Litz und Tor geöffnet. Hinzukommt, daß die ärmeren unter ihnen die Zuschläge über das übliche Maß hinaus festsetzen, während die reicheren sich Beschränkungen auferlegen können. Wenn also der Steuerabzug vom Arbeitslohn ausdrücklich als zuschlagspflichtig erklärt ist, so nicht die Kapitalertragssteuer. Diese reine Besitzsteuer soll nicht angefaßt werden. Die Ergebnisse dieser Steuer sollen nicht bedeutend genug sein, um die Nachteile für die erwünschte Neubildung des Vermögens auszugleichen. Eine arbeiterfeindlichere Maßnahme ist noch von keiner Regierung seit Bestehen des Reiches getroffen worden. Noch dazu mit der faden Begründung von dem Schutze der neuen Vermögensbildung, als wenn die fargen Einkünfte der Arbeiter, Angestellten und Beamten nicht eines noch größeren Schutzes bedürftig wären.

Ein weiteres Prachtstück reaktionärer Steuerreform ist die durch den Finanzausgleich verewigte Hauszinssteuer. Hierbei geht man von der Voraussetzung aus, daß die Mieten alsbald in voller Höhe der Vorkriegszeit erhoben werden. Die Hauszinssteuer beträgt nach wie vor 40 Prozent. Hiervon sollen 10 Prozent zur Förderung der Bautätigkeit und 10 Prozent für den Hauseigentümer zur Verzinsung des Eigenkapitals und der aufgewerteten Hypotheken verbleiben. 20 Prozent verbleiben den Ländern und Gemeinden. Damit wird die Hauszinssteuer für eine lange Zeit bleibender Bestandteil bleiben. Jedoch dient sie zu einem großen Teil zur Bereicherung der Hausbesitzer.

Der Finanzausgleich der Reichsregierung zwischen Reich, Ländern und Gemeinden wurde zum Finanzausgleich zwischen Besitzer und Besitzlosen. Nur daß er sich weiter zugunsten der Besitzer verzog.

Die Presse große Hoffnungen in der Bevölkerung erweckt wurden. Das Präparat Sanokrysin ist ein Goldpräparat und hat die Eigenschaft, lebende Tuberkelbazillen sowohl im Reagenzglas als auch im lebenden Körper abzutöten. Diese toten Tuberkelbazillen enthalten aber eine Menge Giftstoffe, sogenannte Endotoxine, die plötzlich in den schon durch die Krankheit geschwächten Körper geraten und hier zu stürmischen Vergiftungserscheinungen führen. Gegen diese Vorkommnisse hat der Forscher nun ein Serum entdeckt, das er dem Patienten einspritzt und das als Gegengift gegen die Leiber der toten Tuberkelbazillen im menschlichen Körper wirken soll.

Tatsache aber ist, daß dieses Verfahren sehr gefährlich und noch nicht genügend erprobt ist. Professor Möllgard erklärt deshalb auch seinen Patienten, die sich seiner Behandlung unterziehen wollen, daß sie sich damit in Lebensgefahr begeben. Praktisch kommt das Mittel erst in Betracht, wenn eine größere Zahl von Patienten sich der Kur unterziehen hat und auch damit — geheilt wurde.

Rund 1200 Tuberkulosefürsorgestellen bestehen zur Zeit in Preußen, in Städten wie in Landkreisen. Davon wurden allein im Jahre 1923 neu begründet 117. Nach Möglichkeit sind die Einrichtungen von Seiten des Staates unterstützt worden. Es bestehen zur Zeit mit staatlicher Unterstützung in Preußen 11 Heilstätten, 14 Genesungsheime, 7 Militärversorgungskrankenhäuser, 226 Tuberkuloseabteilungen an Krankenhäusern sowie Einrichtungen für Invalidenpflege, Tuberkulose, 52 Kinderheilstätten für Lungen-, Knochen- und Gelenktuberkulose, 137 Anstalten für Tuberkulosebedrohte, Kretinulose und erholungsbedürftige Kinder, 93 Waisenheilstätten und 13 Waldschulen.

**Temperament und Charakter.** Bei allen geistlichen Untersuchungen muß es unsre Aufgabe sein, eine Klarheit über die einzelnen Begriffe, mit denen man arbeitet, herbeizuführen. Das Temperament kann man bestimmen mit der dem Individuum innewohnenden geistlichen Kraft, die durch die Luft- und Anlaufgeföhle geleitet wird. Wir haben deshalb zwei Grundtemperamente, das sanguinische oder hypomane und das melancholische zu unterscheiden. Außer der Betonung der Lebensgeföhle gehört zum Temperament noch das Tempo und die Intensität aller Funktionen. Um so schwieriger gestaltet sich aber die Definition des Charakters. Hier wird von den Forschern versucht, die Struktur des Nervengewebes, also des Gehirns und aller andern Nerven, sowie die Drüsen der inneren Sekretion, wie die Schilddrüse, den Thyimus usw. verantwortlich zu machen, indem diese Organe auf äußere Reize Stoffe absondern, die das betreffende Individuum dann so reagieren lassen, als es dem Charakter eigentümlich, also seinem Charakter entspricht.

### Der Reichsrat.

Mein lieber Freund!  
Ich habe Deinen Brief erhalten. Du fragst mich, was der „Reichsrat“ sei. Gut, Du sollst Antwort haben.  
Da wächst ein Baum. Eine Eiche. Er zieht seine Säfte und Salze aus jenem Humusboden, der da Volk heißt.  
Die Eiche hat einen Stamm. Und die Eiche hat Aeste. An den Aesten sitzen Blätter. Mit den Blättern atmet der Eichbaum. Und durch den Stamm hin nährt der Baum Aeste und Blätter.  
Der Eichbaum ist die Reichsgewalt. Die Aeste sind die deutschen Gliederstaaten, vertreten durch den Reichsrat.  
Stamm und Aeste ergänzen einander. Reichsgewalt und Reichsrat sollen sich auch ergänzen. Daß sie es richtig tun, dafür, mein Freund, sollst Du sorgen, denn Du bist das Volk. Aus Deinem Herzen trinkt der deutsche Staatsbaum Säfte und Salze. Sei Du ein gutes Herz!  
Das ist, was Dir wünscht  
Dein alter Kamerad  
Max Dortu.

# Aus den Zahlstellen und für die Zahlstellen.

**Unsere Lohnkämpfe.** Streik (Steingewinnung und -bearbeitung): In Bielefeld bei den Firmen Neumann u. Lemme, Stern, Greiner; Mannheim, Ludwigshafen, München, Magdeburg, Hirschberg u. Umg. i. Schlef., Böhm., Oppach und Sohlund, Bernburg-Wilsleben, Biern (Fa. Israel, Elbrüche), Osterholz. In Osterburg-Altmarkt, Stendal und Wollensbüttel Steinseher und Hilfsarbeiter.

**Gesperri.** In Raunmünz der Betrieb Trentini. — In Meinhagen die Firma Brand für Steinmehlen (Hochofenbau). — Granitwerk Schaffer in Saargemünd in Lothringen. — In Detmold und Hildesheim die Betriebe Meier und Maier u. Sohn. — In Bielefeld und Herford sämtliche Grabsteingeschäfte. Der Steinmehlg. Hunger betätigt sich in Bielefeld als Zwischenmeister, kein Kollege darf sich von ihm einfangen lassen. — In Wollshagen der Betrieb „Rote Klippe“ (Fa. Göke). — Nach Baumholder in das dortige Granitwerk von Dr.-Ing. Paul Burger lehnt jeder Kollege ein Arbeitsangebot ab. — In der Altmarkt sämtliche Steinseherbetriebe.

**Zugzug fernhalten!** Außer von den Orten, die unter Streik und Sperre genannt sind: Von Friedberg und Bad Nauheim; von Nördlingen und Dilling (Schwaben); von Breslau; von Oberpeilau (Fa. Thust hat sämtliche Granitsteinmehlen und -Schleifer entlassen, weil dauernde Heberarbeit verweigert wurde). Vorstehende Orte gelten für die Steinbearbeitung. Im Straßenbau ist die Lohnfrage noch nicht in Elberberg, Sa., Hof i. Bay., Erfeld, Weipzig und Freistaat Braunschweig geregelt.

**Erledigte Bewegungen:** Streik der Steinarbeiter in Hamburg.

**Ausland.** Schweiz. Jeder Zugzug von Marmor- u. Granitarbeitern, ebenso Sandsteinmehlen hat zu unterbleiben. Auch dann, wenn einzelne Meister von dort an deutsche Kollegen brieflich oder telegraphisch herantreten. In Kreuzlingen bei der Firma Sauter u. Bates (Granit-Schleiferei) sind die Kollegen seit 4 Wochen ausgesperrt. Die Firma macht große Anstrengungen, um deutsche Kollegen herbeizuloden. Im Zweifelsfall informiert über die Schweizer Verhältnisse der Kollege Robert Kolb, Zürich, Hardustraße 11.

Alle Verbandsmitglieder, die ihren Arbeitsplatz von einem Ort zum andern wechseln wollen, haben in jedem Fall sich vorher um die in Frage kommenden örtlichen und betrieblichen Verhältnisse beim Zahlstellenvorstand zu erkundigen. Das gilt für alle Berufsgruppen in unserm Verband und für jeden Ort. Beim Unterlassen dieser selbstverständlichen gewerkschaftlichen Pflicht kann der Ausschluß aus dem Verband verfügt werden. Kollegen, übt Solidarität!

**Die Beachtung von gewerkschaftlichen Gepflogenheiten.** Die Redaktion hat bereits des öfteren darauf hingewiesen, daß beim Arbeitswechsel am Ort und vor allen Dingen von einem Ort zum andern, ein Verbandsmitglied sich immer vorher bei dem Zahlstellenvorstand erkundigt. Dieser Hinweis gilt dauernd und gilt für alle Mitglieder, einerlei welche Berufsgruppe in Frage kommt. Trotz dieses generellen Hinweises kommen nun viele Zahlstellen und Bezirke, die für sich noch eine separate Aufforderung veröffentlicht haben wollen. Diese vielen Aufforderungen können schon aus Raumgründen nicht gebracht werden und dann sind sie im Hinblick auf die generelle Aufforderung wirklich überflüssig. Möchte das doch endlich eingesehen werden.

Auf eine andre falsche Methode mit Sperren und Zugzug fernhalten soll noch in diesem Zusammenhang hingewiesen werden, denn einige Zahlstellen kommen, sobald sie eine Lohnforderung eingereicht haben, mit dem Verlangen, durch einen redaktionellen Hinweis den Ort oder den Bezirk zu sperren, oder mindestens den Zugzug nach dort fernzuhalten. Beides richtig angewandt zur rechten Zeit hat zweifellos Wirkung! Eine Sperre soll jedoch nur dann verhängt werden, wenn ernsthafte Differenzen sich entwickelt haben, deren Austragung durch Arbeitseinstellung augenblicklich infolge besonderer Umstände nicht angebracht erscheint. Eine solche Sperre hat natürlich in erster Linie den Zweck, den benötigten Bedarf des Unternehmers an Arbeitskräften zu unterbinden und ihn dadurch einer verständlichen Erledigung der Differenzen geistig zu machen.

„Zugzug fernhalten“ hat beispielsweise die Voraussetzung, daß schwebende Verhandlungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Einwirkung der Unternehmer nicht recht vorwärts wollen, der Bedarf an Arbeitskräften jedoch groß ist, um drängende Arbeit eilig fertigzustellen. In solchen Fällen kann durch Unterbindung des Zugzuges eine schleppende Verhandlung zum schnellen Abschluß gebracht werden. Es können gewiß auch noch andre Gründe maßgebend sein, aber das sind Ausnahmen; in der Regel ist es wie vorstehend angedeutet. Beide Maßnahmen sind gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen und sind rechtlich nicht anfechtbar, trotz aller juristischer Verhufe. Von den Zahlstellenverwaltungen und Einzelmitgliedern möchte aber auch folgendes beachtet werden: Die Einleitung von Lohnbewegungen an sich soll niemals der Grund sein zum sofortigen Abbinden des Zugzuges organisierter Kollegen, sonst müssen wir konsequenterweise in der gegenwärtigen Situation jeden Arbeitswechsel von einem Ort zum andern zu verhindern suchen und in richtiger Schlussfolgerung die Reiseunterstützung wieder aufheben.

Zu sagen wäre noch mit allem Nachdruck: Wo jedoch am Ort, im Bezirk oder zentral durch tarifliche Vereinbarungen Schlichtungsinstanzen vorgelesen sind, deren Anrufung vor Ergreifung der Kampfmaßnahmen gegenseitig Vertragspflicht geworden ist, müssen diese Pflichten unbedingt beachtet werden. Das liegt im Sinne des Vertragsverhältnisses, dem darf auch nicht ausgewichen werden!

Leider vergessen einige Zahlstellenvorstände, wenn über die örtlichen Differenzen eine Verständigung erfolgt, der Redaktion sofort Mitteilung zu machen, damit die erforderlich gewesene Notiz unterbleibt. Eine unzügliche Zahlstellenleitung gibt ohne Aufforderung wöchentlich kurz Nachricht über die im „Steinarbeiter“ angezeichnete Kampfmaßnahme, zu der sie ja erst die Anzeigung gegeben hat. So müssen es natürlich alle machen, das erfordert schon die Verantwortlichkeit bei Kampfmaßnahmen. Sich dagegen darauf verlassen, daß die vorher mit aller Energie verlangte Notiz von selbst herausbleibt, wenn keine weitere Meldung eintrifft, ist unstatthaft und zeugt nicht von ausgeprägtem Verantwortungsgefühl für das Ganze!

**Arbeitsgeberpraktiken.** Die Kollegen, die in Schlichtungsinstanzen und Tarifverhandlungskommissionen mitwirken, wissen, welchen Wert die Arbeitgeber in diesen Verhandlungen sehr oft auf die korrekte Einhaltung der tariflichen Bestimmungen legen. Kürzlich mußte im Schwarzwald sogar eine Zahlstellenkommission, die gegen die formelle Bestimmung verstößen hatte, unter den gegenwärtigen Umständen sich einem Widerruf fügen. Formell waren die Arbeitgeber im Recht, ob auch sonst aus Grund ihrer Haltung, können wir nicht nachprüfen. Aber das Nachfolgende läßt darauf gewisse Schlüsse zu:

Vor einigen Wochen streikten im Odenwald die Kollegen in der Wertsteingruppe und trotzdem im nahen Schwarzwald Arbeitskräfte gesucht wurden, konnten Zureichende aus dem Odenwald nirgends im Schwarzwald Arbeit finden. Wer in der Gewerkschaftsbewegung kein Neuling ist, Streik- und Wandererfahrung besitzt, der kennt den Zusammenhang, kennt die Gründe schon, weshalb keine Einstellung erfolgt. Die im Schwarzwald um Arbeit angeprochenen Arbeitgeber wiesen selbstverständlich mit Entrüstung zurück, daß etwa „schwarze Listen“ oder sonstige eine Verfeinerung der Odenwald-Steinarbeiter vorläge. Der einzige Grund sei, daß sie eben momentan keine Arbeitskräfte benötigten. Wir sind“ nur in der Lage, ein vertrauliches Schreiben zu veröffentlichen, und

war von denselben Unternehmern im Schwarzwald, die vor einigen Wochen mit großer sittlicher Entrüstung den Widerruf einer Zahlstellenleitung verlangten, weil sie gegen die vertraglichen Bestimmungen verstößen hatte. Das Schreiben lautet:

Vertraulich!

Ottenshöfen, 20. Februar 1925.

Wir geben Ihnen nachstehende Abschrift des vom Verband der Granitindustriellen des Odenwaldes zugefandenen Schreibens von Gestern und bitten, sofern sich Leute aus dem Odenwald zur Arbeitsaufnahme melden sollten, dieselben nicht einzustellen.

Vereinigte Granitwerke Seebach u. Randern.  
Gebrüder Thiele.

Abschrift!

Wir teilen Ihnen hierdurch mit, daß der Schlichtungsausschuß gestern in Darmstadt die Löhne um 5 Prozent erhöht hat (Wenn wir nicht irren, sind sogar zwei Prozent zuviel angegeben. Redaktion des Steinarbeiter), so daß der derzeitige Lohn der Steinbrecher 67 Pfennig beträgt. Die Arbeiter haben den Schiedspruch nicht angenommen und sind heute in den Streik getreten.

Wir bitten Sie zu veranlassen, daß während der Dauer des Streiks von den vom Odenwald zureisenden Steinhauern im Schwarzwald keiner angenommen wird, denn auch der umgekehrte Fall kann eintreten, dann ist es ganz selbstverständlich, daß wir uns solidarisch erklären.

Wollen Sie bitte Ihre Herren Kollegen so rasch wie möglich, eventuell telephonisch, verständigen, denn wir vermuten, daß schon am Samstag Leute nach dem Schwarzwald abreisen.

Hochachtungsvoll

Verband der Granitindustriellen des Odenwaldes

Sich Heppenheim.

gez.: Reinmuth.

Ob die Schwarzwald-Unternehmer dieses Rundschreiben mit dem Tarifverhältnis als im Einklang stehend halten, darüber wollen wir nicht raten. Korrekt wie sie sonst sind, werden sie behaupten, daß die Verfeinerung ja nicht den Steinarbeitern ihres Bezirks gilt, sondern nur Zugereisten aus einem andern Bezirk und daß ihre Handlung nur eine solidarische Handlung gegen ihre Arbeitgeberkollegen aus dem andern Bezirk darstelle. Scheinbar sehr gerecht; nach der Gewerbeordnung und sonstiger Rechtsauffassung sogar nicht einmal strafbar. Aber trotz alledem will uns dünken: Wer solche Schreiben zur Verfeinerung von Arbeitssuchenden versendet, wird auch in andern Fällen, die den Bezirk selbst betreffen, wahrscheinlich nicht groß zimperlich sein. — Den Steinarbeitern, die die Arbeitgeberpraktiken noch nicht aus früherer Zeit her kennen, werden die Augen geöffnet und dadurch zu noch engerem Zusammenschluß mit den Berufscollegen im Betrieb, in der Zehnhalle, im Bezirk, im Gesamtverband gedrängt. Wo nun bei Tarifverhandlungen einzelne Arbeitgeber den Arbeitern gegenüber immer gern den korrekten Vertragskontrahenten herausstellen und es auf alle Arbeitgeber in der Steinindustrie ausdehnen möchten, da schadet es durchaus nichts, wenn auf das vertrauliche Schreiben der Schwarzwaldunternehmer zugunsten der Odenwaldunternehmer mit aller Deutlichkeit hingewiesen wird.

**Gaukonferenz in Halle am 21. u. 22. Februar.** Folgende Tagesordnung lag vor: 1. Gauberichte. 2. Verbandstag. 3. Organisation und Agitation. 4. Verschiedenes. Vertreten waren 25 Steinseher, 28 Steinmehlen, 18 Pflaster- und Schotterarbeiter. Die Konferenz wurde vom Gauleiter Schlegel eröffnet und beschloß, daß die Leitung in den Händen der Gauleitung bleibt. Als Schriftführer wurde Kollege Reis-Kassel gewählt. Auf Antrag beschließt die Konferenz, die Verhandlungspunkte 1 und 3 zu sämmerigen. Im Gaubericht wies Kollege Schlegel auf die Schwierigkeiten in den zurückliegenden Jahren hin. Die Arbeiterchaft sei durch die Inflation zum Teil loslos geworden, vorer der Organisationstrieb und machte dadurch den Unternehmern ihr Vorhaben und Borgehen zum Teil sehr leicht. Von den Verbandsfunktionären sei das Menschenmögliche getan. Schlegel ging dann im einzelnen auf die Verhältnisse ein: Steigerung der Löhne, Konjunktur, Tarifverträge, Schlichtungsinstanz, und zog daraus die für die Verbandsmitglieder sich ergebenden Schlüsse. Kollege Göhre gab den Bericht, soweit er sich auf die Verhältnisse im Straßenbau erstreckt. Verschmelzung, Inflation, Organisationsausbau, Naturstein und Qualitätsarbeit. Kollege Walther vom Zentralverband besprach den Organisationsstand im allgemeinen, Stellungnahme des Baugewerksverbandes zur Steinseherabstimmung. Bespricht dann das Zusammenarbeiten der Zahlstellen mit der Zentrale und kritisiert die Scheu einiger Zahlstellen in der Verantwortung statistischer Formulare. In der Diskussion verurteilte Brüning (Dessau) das Gebaren des Baugewerksverbandes.

Kruze (Erfurt) führte Klage, daß sich die Gauleitung damit einverstanden erklärte, daß die Unternehmer im Straßenbaugewerbe eine Verhandlung, die nur Erfurt angeht, nach Halle verlegt wurde und somit es den Kollegen fast unmöglich gewesen sei, an der Verhandlung teilzunehmen. Kollege Göhre beantwortete dies dahingehend, daß an dem Tage andres zur Verhandlung in Halle stand, und die Erfurter Sache dann mit erledigt sei. Strauß (Saalfeld) sprach sich gegen die Schreibweise der Schriftleitung aus, was auch an dem Mitgliederzuzug mit schuld trage, sprach dann aber seine Zufriedenheit aus, daß dies in der letzten Zeit nachgelassen habe, und dafür wissenschaftlicher erschienen sei. Heß (Gudensberg) berührt die in die Öffentlichkeit getretenen Straßenbauprobleme. Preiß (Halle) steht auf dem Standpunkt, Koll. Schlegel habe sich bei seinem Bericht etwas parteiisch eingestellt, sprach sich auch für vermehrte Agitation aus. Auch begrüßte er den Antrag (Halle), daß die Gauleitung der Gaukommission die Monatsberichte auszuhändigen solle, denn so könne die Gaukommission sich ein genaues Bild davon machen, dieser Antrag wurde mit 34 gegen 26 Stimmen angenommen, und soll der Zentrale als Antrag zum Verbandstag überwiesen werden.

Fiedler (Gera) vermischt auch das Parteiische innerhalb der Gewerkschaften und müsse mehr Wirtschaftspolitik getrieben werden. Betreffs des Antrages der Zahlstellen Halle und Adelsheim auf Neueinteilung des 4. Gaus erklärt Redner, daß die jetzigen Angehörigen des Gaus demselben infolge der Größe des Gaus erhalten bleiben müßten, und im höchsten Falle mal ein Wechsel des Wohnortes eines Gauleiters stattfinden könne. Stapel (Hannover) steht auf dem Standpunkt, da seit drei Jahren keine Gaukonferenz stattgefunden habe, auch der frühere Gauleiter des 4. Gaus, der auch amwesend sei, einen Bericht erstatte. Kollege Stapel ist der Ansicht, der ADGB hätte in der Lage sein müssen, die Inflation abzuwehren. Auch hätte der Verband seine Gelder so anlegen müssen, daß sie vor der Entwertung geschützt gewesen wären. Kollege Walther erklärte ihm, daß dies nicht möglich gewesen wäre, da der Verband seine Gelder für Unterstützungszwecke u. dgl. hätte bereithalten müssen. Auch war Stapel mit der Tätigkeit des Kollegen Schlegel unzufrieden bezüglich Oberleitenden. Diese Sache beantworteten Kollege Schlegel und Koll. Walther, es wurde festgestellt, daß auch hier Kollege Schlegel seine Schuldigkeit getan, und nicht einer Verlammlung wegen eine wichtige Tarifverhandlung im Stich lassen kann. Koll. Hapelaß (Hasserode) sprach sich zustimmend zu den Berichten aus.

Betreffs Verbandstag und Anträge hierzu wurden die eingegangenen Anträge, da die Zeit schon so weit vorgeschritten, der Zentrale als Anträge zum Verbandstag überwiesen.

Das Vorschlagsrecht für Kandidaten für den Verbandstag in Weimar soll den einzelnen Zahlstellen überlassen bleiben. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß auch mal die kleineren Zahlstellen, soweit sich Kollegen dazu eignen, betreffs Kandidaten zum Verbandstag herbeizuladen werden sollen. Da die Tagesordnung erledigt war, erklärte Kollege Schlegel, daß der Verlauf der Gaukonferenz zufriedenstellend gewesen sei, vor allem sei die Diskussion eine gute

und gesunde gewesen, und solle ein jeder Delegierte das Gehörte in den Mitgliederkreisen zur Stärkung des Verbandes verwerten. Kollege Schlegel schloß dann die Gaukonferenz mit einem Hoch auf den Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands.

**Kostod.** Am 28. Januar fand in der Wilhelmshalle unsere Jahresversammlung statt. Der Vorsitzende, Kollege Horrig, gab einen ausführlichen Geschäftsbericht über die Tätigkeit des Verbandes im verfloßenen Jahre. In der Schleifereigruppe ist kein erfreuliches Resultat zu verzeichnen, da die Kollegen noch hinter den Löhnen von 1914 zurückstehen. Dagegen hatten die Kollegen vom Straßenbaugewerbe ein besseres Resultat zu verzeichnen. Ueber dieses gab der Steinseher Kollege Paul Müller als Gruppenleiter den Bericht. Die Kollegen im Straßenbaugewerbe hatten zu Anfang des Jahres einen Stundenlohn von 55 Pfg., am Ende des Jahres einen solchen von 90 Pfg. Im 2. Punkt gab der Kassierer, Kollege Klähr, die Abrechnung vom 4. Quartal 1924. Kasse und Bücher waren in bester Ordnung, daher wurde dem Kassierer von den Revisoren sowie von der Versammlung Entlastung erteilt. Hierauf gab der Kassierer anschließend die Jahresabrechnung. Im 3. Punkt, Vorstandswahl, wurde der alte Vorstand wiedergewählt, neu in den Vorstand wurden ein Schriftführer und ein Gruppenleiter der Steinseher gewählt, die andern Kollegen nahmen ihre Funktionen wieder an. Im Punkt Tarif und Verbandsangelegenheiten entspann sich eine lebhafte Debatte betreffs der schlechten Entlohnung. Die Kollegen waren sich darüber einig, daß es in diesem Jahre nicht so weiter gehen könne; es müße ganz energisch gegen das hartnäckige Unternehmertum vorgegangen werden, das hier in Kostod nicht einmal seinen tödlichen Verpflichtungen nachkommt. Es wurde ein Antrag eingebracht, das Akkordsystem abzuschaffen und für Kostod Zeitlohn einzuführen, da Kostod ein viel zu teures Pflaster ist, um nach den Sätzen des Reichslohntarifs zu arbeiten; denn die Kollegen stehen noch hinter dem Kostoder Normallohntarif von 1914 zurück. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Nachdem im Punkt Verschiedenes noch einige Fragen erledigt waren, schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf den Steinarbeiterverband die gut besuchte Jahresversammlung.

**Heidingsfeld.** Am Sonntag, dem 1. Februar, fand in Heidingsfeld die Bezirkskonferenz für das Müschelkaufgebiet statt. Einleitend gedachte Kollege Heime der im Jahre verstorbenen Kollegen, sie wurden in üblicher Weise geehrt. Zum 1. Punkt: Jahresbericht, führten die Kollegen Hemm und Hemmkepler aus, daß die Haupttätigkeit in diesem Jahre die Lohnbewegungen waren. Mit 70 Prozent arbeitslosen Kollegen traten wir in das Jahr 1924. Diesen Umstand haben die Unternehmer benutzt und uns eine fünfzehnpromzentige Lohnreduzierung aufgezwungen, doch wurde bei der später einsetzenden Konjunktur die Scharte wieder ausgeweht. Der Lohn stieg von Anfang des Jahres mit 44 Pfg. in der Spitze auf 67 Pfg. Sind auch nicht alle Wünsche erfüllt, so wurde doch ein Schritt vorwärts gemacht. Der Mitgliederstand hat sich stabil gehalten, der Kassenbestand ist von 81 Mark auf 1624 Mark gestiegen. Weiter bemängelt Kollege Hemmkepler die unregelmäßige Beitragsleistung, besonders im letzten Quartal und forderte die Kollegen auf, durch regelmäßige Bücherkontrollen auf den einzelnen Werkplätzen diesem Uebelstand abzuwehren. Von Interesse dürfte noch sein, daß das Gewerbegericht in 32 Fällen angerufen werden mußte, um den Kollegen zu ihrem Rechte zu verhelfen. In den meisten Fällen wegen Zahlung von Urlaubsgeldern. Hier waren unsere Unternehmer besonders hartnäckig, mußten aber in allen Fällen zahlen. Nur eine Klage wurde abgewiesen. Sonstige Bescherden und Differenzen wurden durch Verhandeln mit den einzelnen Firmen erledigt. Auch die Gewerbeinspektion mußte in Anspruch genommen werden wegen Nichterhaltung der Unfallverhütungsvorschriften. Und wie notwendig das war, zeigte der Fall bei der Firma Holmann in Kirchheim, wo bei ein Kollege erschlagen, zwei weitere schwer verletzt wurden. In der Gerichtsverhandlung wurde festgestellt, daß die Betriebsleitung ohne Rücksicht auf Leben und Gesundheit der Arbeiter den Abbau vornehmen ließ. Die Gewerbeinspektion, durch die Bezirksleitung auf diese Zustände aufmerksam gemacht, hatte direkt verboten, in dieser Weise weiterzuarbeiten und verlangte, daß vorchriftsmäßig abgeräumt werde. Die Schuldigen wurden zwar verurteilt. Es erhielt Herr Betriebsleiter Mann 500 Mark Geldstrafe oder 2 Monate Gefängnis, die Verhältnisse werden sich aber erst bessern, wenn die Kollegen mehr wie bisher über die Nichterhaltung der Unfallverhütungsvorschriften berichten, damit zeitigen Hilfe geschafft werden kann. Die Revisoren berichteten, daß Bücher und Kasse in Ordnung und zu Beanstandungen keinen Anlaß boten. Die Diskussionsredner erklärten sich mit den Ausführungen der Referenten einverstanden und wurde der Verwaltung Entlastung erteilt. Um den schlechten Versammlungsbesuch zu heben, sollen in den dazu geeigneten Zahlstellen Branchensammlungen abgehalten werden. Außerdem sollen in Zukunft in den größeren Orten Versammlungen mit beherrschenden Vorträgen stattfinden, die Bezirksleitung hat für geeignete Referenten zu sorgen. Zum 2. Punkt: Ablauf des Bezirkstarifes, wird beschlossen, von einer Kündigung des Tarifes Abstand zu nehmen, nur soll erstrebt werden die Zuschläge resp. Abzüge für die einzelnen Materialisten neu zu regeln. Punkt 4: Verbandstag, sollen die einzelnen Zahlstellen ihre Anträge an die Bezirksleitung einreichen, damit die Anträge von einer Stelle aus eingereicht werden. Als Kandidaten zur Delegiertenwahl zum Verbandstag wurde aufgestellt: Georg Schulz, Bruno Hemm, Michael Schreunig und Matthäus Eidel, die Kollegen Schulz, Georg Schmittl, Valtin, Beck, Fritz, wurden zur Vorstandschaft, als Lohnkommission die Kollegen Henneberger, Anton, Meckel, Johann, Förster, Frank, Georg, zu Revisoren Schott, Anton, und Hofmann, Georg, gewählt. Unter Verschiedenem wurde beantragt, daß die eingereichten Klagen am Gewerbegericht Würzburg-Land immer zu lange laufen, bis sie entschieden werden, teilweise bis 2 Monate und darüber. Es sollen geeignete Schritte unternommen werden, um dem abzuhelfen. Mit einem Appell an die Kollegen, den Ausbau des Verbandes zu fördern und die Beschlüsse auch in die Tat umzusetzen, wurde die Konferenz geschlossen.

**Raumburg a. d. S.** Die hiesige Zahlstelle hielt am 7. Februar ihre Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Kollege Pöhlge des vor kurzem verstorbenen Kollegen Fr. Albrecht, und die Versammlung ehrte dessen Andenken durch Erheben von den Plätzen. Der Verstorbene war gleich nach Beendigung seiner Lehrzeit 1895 Mitglied der hiesigen Zahlstelle und wurde von allen Kollegen, mit denen er zusammen gearbeitet hatte, wegen seines aufrichtigen Charakters und seiner Energie dem Unternehmer gegenüber geachtet und geehrt. Seit 1915 konnte er infolge Krankheit seinem Berufe nicht mehr nachgehen und wurde am 21. Januar von seinem langen und unheilbaren Leiden durch den Tod erlöst. — Nach Erledigung der örtlichen Angelegenheiten wurde zu dem Entwurf des Bezirkstarifs Stellung genommen, der für gut befunden wurde, und der Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß endlich ein Bezirkstarif durchgedrückt wird. Weiter kam in der Aussprache zum Ausdruck, daß beim Einsetzen der Konjunktur eine strenge Bücherkontrolle eingeführt werden muß, um alle in Arbeit tretende Kollegen zum Eintritt in den Verband zu zwingen und die säumigen Zahler an ein pünktliches Abführen ihrer Beiträge zu gewöhnen. Es geht nicht an, daß die Verbandskollegen durch Zahlen ihrer Beiträge den Unorganisierten die Früchte in den Schoß werfen. Ferner wurde ein Antrag an die Gaukonferenz in Halle a. d. S. gestellt, daß die Delegationskosten zu den Bezirks- und Gautagen von der Zentralkasse getragen werden.

**Treuschlingen.** Am 31. 1. 1925 fand in Treuschlingen im Gasthaus zum grünen Baum unsere diesjährige Generalversammlung. Der Besuch war zwar schlecht, doch konnten die zur Tagesordnung stehenden Punkte erledigt werden. Im Punkt Wahlen wurde der Kollege August Schwieger-Treuschlingen als 1. Vorsitzender und Kollege Christian Oberdorfer als 2. Vorsitzender und als

Kaffierer Kollege Karl Laug-Dieffert gewährt. Nach Erledigung lokaler und betrieblicher Angelegenheiten wurden Klagen laut über den Herrn Sägemesser im Treuchlinger Marmorwerk, der sich beim Transport von Platten usw. Ausdrücke, wie: „Ein Erholungsheim ist nicht da“; „Wenn ihr nicht tragt, tragen andere“; „Ich treibe euch schon Feuer hinein!“ den Arbeitern gegenüber erlaubt. Wir raten dem Herrn, in Zukunft in seinen Ausdrücken sich zu mäßigen; damit ist für das erstmal die Sache für uns abgetan. Als ein weiterer Mißstand wurden die Zahlungen in der Säge betreffs der Ueberstunden besprochen. Die Leute dort müssen in Tageslöhnen von früh 7 Uhr bis 6 Uhr abends, also 10 Stunden, und von abends 7 1/2 Uhr bis morgens 7 1/2 Uhr in Nachtschicht arbeiten, ohne Bezahlung der Ueberstunden, also 9 bis 11 Stunden. Nach Erledigung der tags darauf stattfindenden Lohnverhandlungen, zu der Kollege Gegenmaßel bestimmt wurde, fand die Versammlung ihr Ende.

### Rundschau.

**Gewerkschaftliches.** Ein Jubilar. Der Genosse Paul Umbreit blühte am 16. März 1925 auf eine 25jährige Tätigkeit als Redakteur des früheren Korrespondenzblattes, jetzt Gewerkschaftszeitung des ADGB, zurück. Mit großem Geschick und ebensolcher Sachkunde hat er während dieser Jahre alle Fragen, die das gewerkschaftliche Leben irgendwie berühren, behandelt, und wenn die Gewerkschaften heute in der Öffentlichkeit eine doch anders geartete Stellung und Wertung im Vergleich zu früher einnehmen und erfahren, so hat daran der Redakteur Paul Umbreit einen wesentlichen Anteil. Wir wünschen ihm auch für die Zukunft eine noch recht fruchtbringende Tätigkeit auf seinem wichtigen, gewerkschaftlich exponierten Posten. — Wir begehren auch wohl keine Indiskretion, wenn bei dieser Gelegenheit auf eine Liebhäberei Umbreits hingewiesen wird, die ihn den Steinarbeitern nahe rückt. Der Jubilar ist ein eifriger Geologe! Jede freie Sonntagstunde wird von ihm benutzt, um mit Ruckel und Hammer in die nahe und weitere Umgebung hinauszuhäuteln. Seine Steinammlung ist durch sein persönliches Forschen, Suchen und Sammeln sehr umfangreich. Die Sammlung überrascht geradezu und ist nebenbei ein Beweis für die stille, aber geistig äußerst rührige Tätigkeit von Paul Umbreit.

Der Hauptkassierer des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, Gustav Eißler, ist am 3. März im Alter von 78 Jahren nach längerem Siechtum einem Herzschlage erlegen. — Am 4. März starb Otto Sillier, der frühere Vorsitzende des Verbandes der Lithographen und Steindruckere, 67 Jahre alt. Beide Werkverbände haben lange Jahre für ihren Verband wie für die allgemeine Arbeiterbewegung vorbildlich gewirkt. Ihre Verdienste für die Bewegung werden nicht vergessen.

Im Baugewerbe sind die zentralen Tarifverhandlungen abermals gescheitert. Im Kern dreht es sich um die Arbeitszeit. Die Vertreter der Arbeitgeber wollen für etwa notwendig werdende Arbeitszeit über die 8. Arbeitsstunde hinaus keinen Zuschlag bezahlen und ferner nicht die Einwilligung zu Ueberstunden von der Zustimmung der örtlichen oder bezirklichen Arbeiterorganisationsvertreter abhängig machen. Die mehrmalsig gescheiterten Versuche zum zentralen Manteltarif im Baugewerbe sind jedoch kein Beweis, daß die Arbeitgeber des Baugewerbes ihre Absichten durchsetzen können. Der Kleinstkrieg muß sie dann eben anders erziehen.

**„Der Fleischer“.** Das Organ des Zentralverbandes der Fleischer besteht 25 Jahre. Während dieser Zeit hat diese Verbandszeitung außerordentliches geleistet, um die Mißstände im Fleischergewerbe, die die Gesellen sehr belasten, zu beseitigen. Sie wird das auch in Zukunft tun. Die Arbeiter und Gesellen in den Fleischereibetrieben sind stolz auf ihr Blatt als Kampfgemeinschaft, der ihnen mit Rat und Tat zur Seite steht und die Wege zeigt.

**Die Ursachen der Streikwelle.** Es gibt leider noch weite Kreise in Deutschland, die den Streik der Eisenbahnarbeiter als zufällige Einzelercheinung auffassen. Nichts ist verkehrter als das. Niemand muß in dem Auslande eine Bewegung erblickt werden, die in der unmittelbaren Lohnkürzung und dem immer mehr gedrückten Reallohn ihre tiefen Gründe hat. Der Streik der Eisenbahnarbeiter mag nun einen Verlauf genommen haben wie er will, jedoch sind damit die tiefen Ursachen nicht aus dem Wege geräumt. Wir werden, solange die Politik der überhöhten Preise und der Auswucherung der Massen getrieben wird, in Zukunft ähnliche Konflikte wohl in allen Wirtschaftszweigen zu erwarten haben.

Das gilt umso mehr, weil wir abermals vor neuen Preiserhöhungen stehen. Und zwar scheint sich jetzt erst der in den letzten Monaten erreichte hohe Stand der Erzeugerpreise auf die Kleinhandelspreise auszuwirken. Wir wollen für heute einmal an der Steigerung eines der wichtigsten Nahrungsmittel, des Roggens, die Zusammenhänge darstellen und geben die Preisbewegung für Roggen in folgender Uebersicht wieder:

Roggen 50 kg	1913	März 1924	Januar 1925	Anf. März 25
Aboluter Preis	8.22 Mk.	6.80 Mk.	12.38 Mk.	12.50 Mk.
Indexpreis	100	82	144	152
Brot 1/2 kg				
Aboluter Preis	0.14 Mk.	0.143 Mk.	0.186 Mk.	0.198 Mk.
Indexpreis	100	102	127	136

Die Zahlen beruhen auf Berechnungen der Preussischen Landwirtschaftskammer.

Wir sehen, trotzdem die einzelnen Posten für die Landwirtschaft unserer Ansicht nach zu günstig wiedergegeben worden sind, daß der Roggenpreis vor einem Jahre fast 20 Proz. unter Friedenspreis lag. Der Kleinhandelspreis aber war fast dem Friedenspreis gleich. In dem Unterschied zwischen Erzeuger- und Detailspreis steckt eine bedeutende Preisreserve für Händler und Bäcker, die eine günstige Marktlage hatten, da die Verbraucher das Brot zu Preisen kauften, denen wesentlich erhöhte Erzeugerpreise, die aber in Wirklichkeit nicht da waren, zugrundegelegt wurden. Im Laufe des letzten Jahres verstand es die Agrar-Liebesgaben-Politik der Regierung, den Roggenpreis zu erhöhen: der Roggen kostet heute 50 Proz. mehr als vor dem Kriege. Dadurch kommt die oben erwähnte Reserve nicht mehr dem Handel und der Verarbeitung, sondern mehr der Erzeugung, der Landwirtschaft zugute. Selbstverständlich ist es nun, daß Handel und Bäcker danach trachten, den allen Profit zu behaupten, indem sie ihrerseits wieder den Brotpreis in die Höhe treiben. Wir sehen an unseren Zahlen, wie der Preis für Brot langsam aber sicher in die Höhe geht: das Brot ist heute rund 35 Proz. teurer als vor dem Kriege und vor einem Jahr. Im Laufe des Monats Februar hat der Brotpreis bei uns allen um 19 Proz. angezogen, ohne daß dem eine entsprechende Lohnerhöhung gegenübersteht. In Wirklichkeit bedeutet das eine ganz empfindliche Kürzung des Reallohns.

Ähnlich steht es um die andern landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Wir geben dafür folgende Tabelle wieder:

Erzeugerpreis: 1913	März 1924	Jan 1925	Anf. März 1925	
50 kg Kartoffeln	2.00	2.10	2.11	2.15
1/2 kg Butter	1.28	1.60	1.64	1.92
50 kg Rindfleisch	42.08	31.50	34.95	34.65
50 kg Schweinefleisch	51.84	52.40	55.86	51.40
50 kg Wäbren	2.60	3.75	3.41	3.75
50 kg Wäben	27.27	43.33	29.77	32.06
50 kg Schellfisch	29.40	43.84	51.87	70.29
Kleinhandelspreise:				
50 kg Kartoffeln	3.50	4.10	4.00	4.13
1/2 kg Butter	1.40	2.14	2.10	2.18
1/2 kg Rindfleisch	0.905	0.82	1.20	1.108
1/2 kg Schweinefleisch	0.82	1.06	1.22	1.155
1/2 kg Wäbren	0.04	0.055	0.06	0.069
1/2 kg Wäben	0.29	0.55	0.38	0.497
1/2 kg Schellfisch	0.283	0.65	0.64	0.783

Unsere Auffassung, die wieder auf die Berechnungen der preussischen Landwirtschaftskammer zurückgeht, bestätigt das Gerade: obwohl die von uns für sich überhöhten Erzeugerpreise einigermaßen stabil bleiben, macht sich im Kleinhandel aber eine durchgehende Preissteigerung bemerkbar. Diese Steigerung kommt aber für den Lohnarbeiter, den Verbraucher, in Frage. Sie drückt auf den Reallohn und ist eine unmittelbare Lohnreduzierung. Da die Regierung diese Politik (Kapital-Neubildung) schützt, kann es nicht wundernehmen, wenn die Arbeiterklasse zu ihrer Waffe, dem Streik, greift.

### Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

**Sammlungen zum Bau eines Volkshauses.** Wie vorauszusehen war, hat unsere Auffassung zur Sammlung der Zahlstelle Triebendorf nicht gefallen. Wir haben aber im Interesse der Zahlstelle selbst und aller Verbandsfilialen von dem Gesagten in Nr. 10 kein Wort zurückgenommen; nur noch zur Ergänzung mitzuteilen, daß nicht die Zahlstelle Triebendorf allein den Neubau propagiert, sondern die freien Arbeitervereine in Wiesau. Beide Orte hängen zusammen. Dieser für die Beurteilung belanglose Irrtum liegt nicht an der Redaktion, sondern an der uns zur Veröffentlichung übermittelten Notiz. — Ferner wird uns mitgeteilt, daß auch von der Zahlstelle Altleben Zahlungserlösen an die Verbandsfilialen zur Errichtung eines eigenen Arbeiterheims in Altleben verhandelt wurden. Die Verbandsleitung ratet in allen Fällen ganz entschieden ab! Der gute Glaube und die Ehrlichkeit der betreffenden Zahlstellen wird mit unserm Abtrahen durchaus nicht angefaßt, sondern die Erfahrung hat gelehrt, daß selbst Gewerkschaftshäuser in viel größeren Städten wie Wiesau, Altleben usw. mit ihrer Existenz zu kämpfen haben und dadurch eine dauernde finanzielle Belastung der in Frage stehenden organisierten Arbeiterschaft darstellen. Alle schönen Ideale und aller guter Wille können die fehlenden Voraussetzungen zum Bestand eines eigenen Heims nicht schaffen! Darum Kollegen, laßt die Finger davon! — Im übrigen soll schon aus Organisationsdisziplin zu allen Sammlungen, die von irgendeiner Seite bei den Verbandszahlstellen eingeleitet werden, vorher mindestens der Verbandsvorstand in seiner Gesamtheit gehört werden. Ist es für eine berechtigete Angelegenheit und diese ausführbar, dann kann durch Zustimmung der Verbandsleitung solchen Sammlungen ein anderer Impuls gegeben werden.

**Augsburg.** Die Reiseunterstützung wird am Dom ausbezahlt, von 8 bis 12 Uhr vormittags und von 1 bis 4 Uhr nachmittags.

**Münster.** Die Zahlstellentassierer werden ersucht, mir die Adresse des Kollegen Johann Kohl, Steinmetz, geb. 24. 6. 78 zu Mangel (Rhd.), mitzuteilen. Peter Wiehof, Tiburstr. 30a.

**Leipzig.** Gau II. Unter Berücksichtigung dessen, daß die nächste Zeit für fast alle Lohn- und Tarifbezirke Zusammenkünfte bzw. Konferenzen notwendig machen wird, glaubt die Gauleitung von einer Gaufunktion abstand nehmen zu können. Dies kann unseres Erachtens am ehesten geschehen, als Reibungen irgendwelcher Art zwischen den Mitgliedern bzw. Zahlstellen des Gau's und der Gauleitung bestimmt nicht vorliegen. Die aus der Abhaltung einer Gaufunktion entstehenden Kosten können deshalb für andere dringendere Zwecke erspart bleiben. Sollten hiergegen da oder dort Bedenken bestehen, so bitten wir, diese umgehend an die Gauleitung zu berichten. — Weiter wird bekanntgegeben, daß in Zukunft alle Zahlstellen veröffentlicht werden, die mit ihren Beitragsklassen hinter den am Ort bestehenden Durchschnittslohn zurückbleiben. In besonders trassen Fällen wird die Gauleitung den Hauptkassierern erlauben, den Markenverband an solche Zahlstellen bis zur Regelung einzustellen. Bei dieser Gelegenheit richten wir die Bitte an alle Verwaltungen, von den in den Zahlstellen oder Betrieben zur Verteilung gelangenden Flug- oder Schmähschriften gegenwärtiger Verbände, Organisationen wie Stahlhelm, Jungvolk, Wehrwolf oder politischer Parteien, in einigen Exemplaren sofort an die Gauleitung einzuliefern, desgleichen von derartigen vorgelegenen oder bekanntgemachten Versammlungen uns Nachricht zu geben. Die Gauleitung: K. Senft.

**Tarifbezirk Köslin.** Ab 3. März 1925 gelten für den Reg.-Bezirk Köslin folgende Stundenlöhne: Steinseher 1.05 Mk., Kammer 95 Pfg. Für auswärtige Arbeit ist ein Aufschlag von 15 Pfg. pro Stunde zu zahlen. Wo freies Logis mit voller Verpflegung gehalten wird, beträgt der Lohn 10 Pfg. pro Stunde weniger. Bei achtstündiger Arbeitszeit stehen den Gesellen und Kammern je 6 Fünftelstunden zu.

Der Stand der Bezirkskasse war am 10. März 1925 folgender: Gesamteinnahmen für das Jahr 1924: 81.95 Mk., Gesamtausgaben für das Jahr 1924: 50.11 Mk. Bleibt Bestand 31.84 Mk.

A. Cornelius, Bezirksobmann.

**Freiburg i. B.** Der Steinhauer Karl Buchner, geb. am 19. 7. 1901 zu Kaufing, eingetreten in den Verband am 1. 7. 1924, hat unter gewissen Versprechungen an mehreren Orten Unterstützung erhalten (Freiburg, Tiefenstein). Die Scheint er nun vergessen zu haben. Diese Notiz gilt als Mahnung und Warnung.

**Halle a. S.** Der Steinseher-Arbeitsnachweis am Ort liegt in Händen des Kollegen Wilhelm Krähner, Jakobstraße 16, II. Arbeitsvermittlung und Arbeitsaufnahme darf ohne Arbeitsnachweis nicht vollzogen werden. Die Ortsverwaltung.

### Adressenänderungen.

- Gau: N.-D. Lauenburg (Pommern). Vorl.: Joseph Czaja, Karlsru. 42.
- Gau: Müllergiersdorf. Kass.: Max Kuschel, Haus Nr. 19. — Breslau (Steinarbeiter). Vorl.: Fritz Herbig, An den Kasernen 4.
- Gau: Halle. Vorl. A. Preßler, Große Schloßgasse 12. — Therman (Thür.). Vorl.: Julius Reuter, Wachenbrunn. Kass.: Christian Eisbacher, Altes Brauhaus.
- Gau: Krefeld. Kass.: Peter Eichmanns, St. Antonstr. 201.
- Gau: Waldkirch. Vorl.: Max Kornel in Richardsreuth, Post Waldkirch.
- Gau: Bielefeld. Vorl.: Mich. Basel. Kass.: Georg Wächter, Haus Nr. 15. — Burglindhardt. Vorl. u. Kass.: Baptist Deinhard. — Augsburg. Kass.: Anton Maier, Wiesenstr. 22. — Heigenbrunn. Vorl.: Friedr. Jinger, Nr. 19. Kass.: Georg Bachmann, Nr. 107. — Burgstadt a. M. Bezirksleiter Gustav Reichert.
- Gau: Hlar. Vorl.: Karl Hoffmann, Barsrod, Post Reichskirchen. Kass.: Heinz Herbel, Kölichhausen, Post Ehringshausen.

### Briefkasten.

Hbg. B. kann in dieser Form nicht veröffentlicht werden, regelt das am Ort; durch die Veröffentlichung ist der Schaden größer als der Nutzen.

**Luzernburg.** Billionen- und Milliardenheine werden in aller kürzester Zeit (5. Juni) unglücklich. Nicht wieder solches „Geld“ senden. Der Kassierer nimmt der Redaktion nicht ab. Die Scheine sehen aus, als wären sie aus dem Kohlenkasten hervorgezogen.

**Berichte von Konferenzen und Versammlungen** werden nach der Reihe des Einlaufs veröffentlicht. Alles Drängen ändert daran nichts! Ausnahmen werden nur gemacht bei ganz wichtigen Vorkommnissen.

**Auf einzelne Anfragen.** „Der Steinarbeiter“ erscheint nur in deutscher Ausgabe. Wie sollten wohl die Kosten aufgebracht werden, wenn unsere Zeitung für die paar hundert Polen in deren Sprache überlegt und gedruckt würde?

**H. Stiegler.** Sendung heil eingetroffen; gute Bereicherung unserer Sammlung. Warum erfolgt die Schwarzfärbung? — Vielleicht erinnert den Kollegen Sch. an sein Versprechen, es hat sich bereits gefärbt. Gruß.

### Anzeigen

**Werkzeug-Schmied**  
perfekt auf Steinmetz- und Bildhauerwerkzeuge, findet dauernde Beschäftigung. Gef. Offerte unter 10 an die Schriftleitung dieses Blattes erbeten

**Junger Steinhauer**  
für Grabdenkmäler sofort gesucht.  
Franz Vietz, Ebstorf  
Kreis Uelzen (Provinz Hannover).

**Steinmelzen und Schleifer**  
auf sanbarste Schleiferarbeit für den hiesigen Betrieb sowie

**Marmor-Schleifer**  
Tüchtige  
nur 1. Kräfte  
für dauernde Stellung bei tariflich festgelegtem Stundenlohn gesucht.

**einige tüchtige Brecher u. Großplastermacher**  
für unsern Betrieb in Gefrees zu baldigem Eintritt gesucht  
Granitwerke Künzel & Scheller G. m. b. H.  
Schwarzenbach a. d. Saale.

**S. S. Granitsteinmetzen**  
stellt für sofort ein  
Granitwerk P. Fingas, Liegnitz.

**6 Richter**  
für Granitgroßplaster gesucht.  
Dauerstellung.  
Granitwerke Neustadt-Odenwald.

**Der Steinhauer Andreas Höfler**  
geboren zu Schweisweiler. Bezirksamt Rockenhausen (Pfalz) soll seine Adresse an Unterzeichneten angeben wegen Erbschaft.  
Philipp Nikolaus, Schweisweiler.

**Granitsteinmetzen**  
für Pflastersteinarbeit stellt für dauernd ein  
Granitwerke Albert Borschheim  
Wurzbach i. Thür.

**Steinmetzen für Sandstein**  
stellt sofort ein  
Petzold & Mrusek, Steinmetzgeschäft  
Leipzig-Eutritzsch, Dollitzscher Str. 14/5.

**Tüchtiger Steinmetz**  
als alleiniger für alle vorkommenden Arbeiten (Bordschwellen, Bord-, Mhl- und Bausteine etc.) gesucht. Bei zufriedenstellender Leistung ist die Stellung dauernd und selbstständig.  
Bruno Hoffmann, Steinbruchsbesitzer, Löbelün (Saalkreis)

**Steinarbeiter-Hosen**  
in nur allerbesten Qualitäten in Manchester, Leder, Pilot usw. liefert nach Maß  
Fritz Müller, Niederoderwitz i. Sa.  
Zahlstellen erhalten 4 Wochen Kredit. Sammelaufträge Rabatt.

**Gestorben.**  
Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingeladen werden  
In Neuhaus am 16. Januar der Hilfsarbeiter Johann Wenzel, 76 Jahre alt, Schlaganfall  
In Ströbel am 13. Februar der Granitsteinmetz Wilhelm Reichelt, 53 Jahre alt, Lungenerkrankung  
In Demitz-Thumitz am 27. Februar der Pflastersteinmacher A. Schwarz, 25 Jahre alt, an einer Operation  
In Bedesbach am 6. März der Pflastersteinmacher Theobald Ludwig, 50 Jahre alt, Lungentuberkulose.  
In Harburg am 7. März der Steinseher Ludwig Klein, 62 Jahre alt, Magenkrebs.  
In Berlin am 10. März, der Kammer Paul Henke, 31 Jahre alt, Darmtuberkulose.  
In Zeil am 11. März der Sandsteinmetz Michael Kraus, 51 Jahre alt, Lungenerkrankung.  
Ehret ihrem Andenken!

**Alfred Wenzel** Wieder hat der unerbittliche Senfmann einen unserer besten Kollegen hinweggemäht. Alfred Wenzel, der langjährige ansehnliche Leiter der Zahlstelle Berlin, auch den Kollegen im Reich teilweise sehr gut bekannt, ist es diesmal der sich dem ehernen Gesetze der Natur im besten Mannesalter mit noch nicht ganz 43 Jahre beugen mußte. Eine tödliche Krankheit, Bauchfellentzündung, raffte ihn hinweg.  
1882 in Dresden geboren, erlernte er dort das Steinmetzhandwerk, bereits in sehr jungen Jahren erkannte er den Wert des gewerkschaftlichen Zusammenchlusses. Eine Reihe von Koll. gen werden sich erinnern, wie er, knapp aus der Lehre entlassen, Schuler an Schuler mit ihnen für das Recht der Arbeiterklasse auf ein menschenwürdiges Dasein kämpfte.  
Im Jahre 1905 siedelte er nach Berlin über und war er auch hier sofort einer derjenigen, die immer nur in den ersten Reihen zu finden sind. Vielfache Maßregelungen hatten gerade das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung zur Folge, er antwortete darauf mit verdoppelter Agitationsarbeit. 1915 wurde mit vielen anderen auch er in den Gefängnis des Weltkrieges geschleudert und nach einigen Monaten mit einem schweren Lungenerkrankung wieder nach der Heimat geschickt. Aufopferndste Pflege seitens seiner Frau und seine kräftige Natur halfen ihm wieder auf die Beine, doch konnte er seinen früheren Gesundheitszustand nicht mehr erreichen. Als dann im Juli 1920 der Folgen des Vorübergehenden und Kaffiers der Zahlstelle Berlin neu befestigt werden mußte, wurde ihm durch das Vertrauen der Kollegen dieses Amt übertragen. Von Anfang an war sein größtes Verlangen, das in ihn gesetzte Vertrauen nach jeder Richtung hin zu rechtfertigen. Daß dieses in der Inflationszeit und in der Zeit der schlimmsten politischen Verheerung, besonders hier in Berlin, keine geringe Aufgabe war, wird sich jeder einzelne Kollege klar machen können. Verschiedene Male sollte er auf dem Altar des politischen Fanatismus geopfert werden, trotzdem auch von seinen Gegnern keine rechte Meinung und treue Pflichterfüllung anerkannt wurde. Aber seine dauernde Wiederwahl zeugte doch davon, daß die übergroße Mehrheit der Kollegen mußte, daß er der richtige Mann an der richtigen Stelle war. Und daß sie sich darin nicht täuschten, bewies er damit, daß er noch bis drei Wochen vor seinem Tode versuchte, trotz Abtrahens, im Interesse der Kollegen eine Arbeit weiter zu führen, bis es dann wirklich nicht mehr ging. Alfred Wenzel ist nun nicht mehr. Ein guter hilfsreicher Mensch, ein treuherziger Gatte und Vater, ein aufrichtiger Freund und Kollege, ein pflanzgetreuer Mitarbeiter und Führer der Berliner Kollegen hat uns viel zu früh verlassen. Im Geiste wird er oft unter uns weilen und uns anspornen, genau so unsere Pflicht der Allgemeinheit gegenüber zu tun wie er es bis zur letzten Stunde getan hat. Das Andenken unseres verstorbenen Freundes und Kollegen werden wir immer ehren, denn tot ist nur, wer vergessen wird.  
G. N.

Verantwortliche Schriftleitung Hermann Siebold Verlag  
von Ernst Rindler beide in Leipzig  
Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.